

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“
Schalter-Gasse geöffnet von 7 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Druckerei:
Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52,
Druckerei 2266.
Ausfertigung von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringerlohn. 2 M. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Wechsellage. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 6 Jweilstraßen, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wehrheim die dortigen 36 Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Redaktionsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Satz für lokale Reklamen; 2 Satz für auswärtige Reklamen. — Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme besonderer Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Nr. 287.

Wiesbaden, Donnerstag, 24. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Für das 3. Quartal 1909

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

Bezugspreis 1 M. 50 Pfg. vierteljährlich

abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27,

in den Jweilstraßen der Stadt,

in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,

und zum Bezugspreis von 2 M. 50 Pfg. vierteljährlich

bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Auf des Messers Schneide.

Die konservative Taktik.

Man muß es den Führern der Rechten lassen: sie machen aus ihren Herzen keine Wördergrube; sie legen mit schöner Offenheit, was sie wollen und was sie nicht wollen; sie lassen sich auch gern befragen, eben weil ihnen daran gelegen ist, die Öffentlichkeit wissen zu lassen, wohn nach ihren Ansichten und Absichten die Reise gehen soll. Die Konservativen haben eigentlich niemals verhehlt, daß ihr Mißtrauen gegen den Fürsten Bülow an dem Tage begann, wo er im preussischen Staatsministerium beantragte und erreichte, daß dem Monarchen der Entwurf jener Thronrede vorgelegt wurde, die eine Reform des preussischen Wahlgesetzes verheißt. Man beachte wohl, daß die erste Kundgebung gegen die Nachlasssteuer nicht im Reichstage, sondern im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgte, wo die erste Etatslesung sogleich dazu benützt wurde, zwei Dinge deutlich festzustellen, nämlich erstens den Widerspruch der Rechten gegen jede Wahlrechtsreform in Preußen und zweitens den Widerspruch der Rechten gegen die Nachlasssteuer. Fürst Bülow sollte alsbald wissen, wessen er sich von den Konservativen zu versehen habe. Gegen dies Vorgehen der Konservativen war ja an sich nichts einzuwenden, denn sie übten ihr parteipolitisches Recht in parlamentarisch-konstitutioneller Form aus. Sogar dankbar konnte man schließlich für die konservative Offenherzigkeit sein, da sie Klarheit schuf. Was dagegen die stärksten Bedenken hervorriefen mußte, die sich seitdem noch gesteigert haben, das war und ist, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident die Zügel am Boden schleifen ließ. Uns ist genau bekannt, daß er von den Konservativen und gegen sie vieles erreicht hätte, was er rechtzeitig die erforderliche Energie bewiesen hätte. Wir wissen, daß nicht alle Konservativen bereit waren, den Direktiven zu folgen, die namentlich der „angekrönte König von Preußen“, Herr v. Sendebrand,

ausgegeben hatte. Wenn der Reichskanzler etwa noch im Februar, wo es die höchste Zeit war, den Konservativen erklärt hätte, daß die Ablehnung der Nachlasssteuer durch die Rechte mit der Auflösung des Reichstags werde beantwortet werden, dann wäre es nach unserer Überzeugung, die sich, wie gesagt, auf damalige und spätere Mitteilungen auch von konservativen Männern stützt, sehr wohl möglich gewesen, das Fahrzeug der Reichsfinanzreform durch alle Klippen hindurchzuführen. Aber die rechte Entschlußkraft fehlte, und der Reichskanzler mag auch von seinen nachgeordneten Organen nicht immer gut bedient worden sein. Genug, jene Richtung im konservativen Lager, die es aufs Wiegen oder Brechen ankommen lassen will, gewann die Oberhand, und jetzt ist die ganze Situation so gründlich verfahren, daß sie schwerlich wieder in Ordnung gebracht werden kann. Die Konservativen haben ihren Anstoß an das Zentrum gesucht und gefunden, das alte konservativ-liberale Kartell tritt wieder in Kraft.

Man könnte entgegen, daß das Zentrum ja selber für eine Wahlreform in Preußen eintritt, daß also die Konservativen, indem sie den Bloßgedanken zugrunde richten, ihre Wahlgeschmerzen doch nicht lindern können. Das ist richtig, aber mit der preussischen Wahlrechtsfrage ist nur ein Teil der Bedenken, Befürchtungen, Widerstände und Forderungen gebedt, mit denen die Rechte den Umschwung ihrer Taktik vor sich selber begründet und später vor der Öffentlichkeit begründen wird. Die konservativen Führer verschweigen es gar nicht, daß es ihr Hauptziel ist, rechtzeitig für die Sicherung des wirtschaftspolitischen Systems zu sorgen, auf dessen Boden sich die Gesamtheit der konservativ-agrarischen Interessen angesiedelt und festhaft gemacht hat. Die Sorge der konservativen Haupter war es, daß die unvermeidliche Rücksicht auf liberale Forderungen, wie sie Fürst Bülow als Träger des Bloßgedankens nehmen mußte, eine stärkere Entfremdung zwischen der Rechten und dem Zentrum herbeiführt hätte, daß in einigen Jahren, wenn es sich um die Revision der Handelsverträge politisch handeln wird, die Grundlagen der wirtschaftspolitischen Gemeinschaft erschüttert worden wären, von der aus das Agrarierum beider Konfessionen den letzten Zollvertrag und die letzten Handelsverträge hätte machen können. Man versteht es hiernach besser als vorher, weshalb Fürst Bülow bis zuletzt bei jeder Gelegenheit versicherte, die Landwirtschaft könne sich keinen mehr agrarischen Reichskanzler als ihn wünschen. Der Kanzler wollte damit wohl sagen, daß der Agrarkonservatismus trotz der Bloßpolitik auch weiterhin auf ihn rechnen könne, oder die Konservativen konnten ihr Mißtrauen nicht überwinden, und sie mögen meinen, daß Fürst Bülow, je schärfer der Trennungsschritt zwischen ihm und dem Zentrum werde, desto weniger in der Lage sein werde, das wirtschaftliche System, an dem er doch selber entscheidend mitgewirkt hat, vor der Abbröckelung durch den Liberalismus zu behüten, dem gerade er innerhalt

des Bloßes Förderung und Begünstigung zuteil werden lassen wollte.

Hier also hat man die eigentliche Wurzel der konservativen Opposition gegen den Fürsten Bülow zu suchen. Die Geschichte wird dem gegenwärtigen Reichskanzler, falls er demnächst wirklich einem Nachfolger seinen Platz einräumen sollte, das Zeugnis nicht verjagen, daß er in einer großen Entscheidungsstunde für den liberalen Gedanken operiert hat. Je schwerer ihm das nach Vergangenheit und Tradition geworden sein mag, desto rühmlicher ist sein Entschluß. Er hat Verständnis für die neuen Mächte des Volkslebens gezeigt, er wird lieber mit ihnen vorübergehend in eine ehrenvolle Defensive zurücktreten, als daß er gegen sie einen unruhlichen Sieg feiern möchte, wie er es bis vor kurzem vielleicht noch gekonnt hätte, wenn er seinen Frieden mit dem Ostelbierum hätte machen wollen. Heute dürfte es auch für diesen Frieden längst schon zu spät sein.

Die sozialdemokratische Taktik.

L. Berlin, 22. Juni.

Die Finanzkommission hat schon heute ganze Arbeit mit der Erbanfallsteuer gemacht. In wenigen Stunden war die Vorlage erledigt, und zwar wurde sie erwartetermaßen abgelehnt. Aber es ist von Wichtigkeit, daß dies Ergebnis nur mit Stimmengleichheit möglich war, daß also die Sozialdemokraten für die Erbanfallsteuer stimmten. Aus wohlunterrichteten Kreisen erfährt Ihr Korrespondent, daß die Worte des Abgeordneten Singer in der Kommission, seine Freunde könnten dieser Vorlage schließlich doch nicht zustimmen, nicht als das Letzte Wort der Situation angesehen sind, insoweit es auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie ankommt. Auch haben Singer und seine Fraktionsgenossen ja unmittelbar nach der Erklärung Singers für die Vorlage gestimmt, und die Erwartung, daß dasselbe in zweiter Lesung im Plenum geschehen werde, darf jetzt mit größerer Sicherheit als bisher gehegt werden. Viel mehr kann mit ziemlicher Bestimmtheit in Aussicht gestellt werden, daß die Sozialdemokraten in der wahrscheinlich schon am Donnerstag dieser Woche stattfindenden zweiten Lesung der Erbanfallsteuer im Plenum Mann für Mann die Vorlage annehmen werden. In den betreffenden sozialdemokratischen Fraktionsgruppen wurde auch vom radikalen Flügel anerkannt, daß die Vorlage, so mangelhaft sie sei, einem der entscheidenden Programmpunkte der Partei im Prinzip gerecht werde. Man müsse annehmen, was zu haben sei, und die Möglichkeit eines späteren Ausbaus der Erbschaftsteuer dürfe mit in Rechnung gezogen werden. Stimmen nun aber die Sozialdemokraten für die Vorlage, so wird sich eine überaus merkwürdige Lage ergeben. Das Zentrum hält sich an seinen Pakt mit der Rechten in Bezug auf das Ganze der Reichsfinanzreform selbstverständlich und erklärterweise nur gebunden, wenn die Erbanfall-

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Aus dem Londoner Saisonleben.

Nachlänge von Ascot. — Sport- und Toiletten-Klubs. — Ascot-Sonntag. — Im Hyde-Park. — Auf der Themse. — Moderne Sonntagslichkeit.

London, 22. Juni.

Nun ist auch Ascot vorüber, Ascot das einzige, Royal Ascot, die ganze Ascot-Woche. Wohl mag es für Kenner von Pferdefleisch — ich meine natürlich im sportlichen Sinne des Wortes, und da heißt horseflesh bekanntlich das Pferd im allgemeinen — bedeutendere Betretungen geben — der Derby ist gewiß populärer —, aber in Bezug auf Prunk und Pracht stehen die Rennen von Ascot unerreicht da. Hier bildet, für manche wenigstens, nicht sowohl das Rennen der Pferde den Brennpunkt des Interesses, als der Wettreiz im Toiletten-Aufwand. Gewiß, das mag bei allen Rennen überall zutage treten, aber für Ascot ist es in ganz eigenem Grade charakteristisch.

Wenn da nun die Beendigung der Festlichkeiten der verflochtenen Woche für den unerfättlichen Vergnügungs-Draufgänger eine besondere Behmut erzeugt, so ist das nicht nur um dieser Festlichkeiten selbst willen, sondern vielmehr, weil damit auch das Signal gegeben ist, daß die Saison nach der Schablone nunmehr ihren Gipfelpunkt überschritten und, wenn auch nur allmählich, ihrem Ende zuneuert. Da waren denn in diesen Tagen auch die Schleusen anderer Saisonfestlichkeiten noch einmal mit besonderem Prunk geöffnet. Die Rennen waren Freitag zu Ende, aber Ascot-Sonntag ist auch stets ein ausnehmend festlicher Tag für Ranelagh und Burlingtonham, die erlesenen Klubs, „wo man mit Bierem einfährt“ — wenn auch nicht gerade allgemein! —, wo Polo gespielt wird, eine Art Fußball zu Pferde, und noch einmal die Ascot-Toiletten zur

Schau getragen werden — soweit die Damen keinen Anstand nehmen, sich in ein und derselben Toilette zweimal öffentlich zu zeigen. Diese großartigen Sport- und Toiletten-Klubs, denen ich in meinem jüngst erschienenen „England von heute“ ein besonderes Kapitel gewidmet, sind wirklich einzig in ihrer Art. So elegant, so vornehm und doch so gemütlich! In dem prächtigen Park zu lustwandeln, dem Polo zuzuschauen oder im Schatten uralter Eichen inmitten einer Ansammlung von Hunderten der schönsten Frauen in den düstigen Sommergewändern auf grünem Rasen von rotbesetzten Dienern sich den Tee reichen zu lassen — die einfachsten Dinge in der bezauberten Form! Der rote Froch hat mir's angetan? Ach nein, er bildet ja nur einen winzigen Teil des Rahmens zu dem Gesamtbild, das diese vornehmen Klubs aufweisen.

Ich sag hier einmal in einem Kreise, in dem sich auch ein alter preussischer General befand. Er liebte es, zwischen Deutschland und England Vergleiche zu ziehen, in denen sein geliebtes Deutschland nie zu kurz kam. Aber hier sah er längere Zeit stumm, bis er plötzlich ausrief: „Armes Deutschland! — Armes Deutschland! — So etwas bringst du doch nicht fertig!“ — Schade, daß solche Stätten dem ausländischen Reisenden, der nicht die besten Empfehlungen mit sich bringt, so ganz und gar verschlossen sind. Doch es gibt auch andere Gelegenheiten, wo jeder Tourist die vornehme Welt Englands leicht genug in Augenschein nehmen kann; und insbesondere gibt es auch noch andere Ascot-Nachläge. So auch zumal einen Ascot-Sonntag, der ein besonders festliches Gewand trägt im Hyde-Park wie auch auf der Themse. Der Park bietet hier schon deshalb am Sonntag ein so ganz anderes Aussehen als an Wochentagen, weil an diesem Tage die gewohnten Paradeschriten eingestellt werden. Sonntagsfahrer sehen hier in demselben Auf wie Sonntagsreiter. Am Sonntag fährt man nicht. Das hat wohl ursprünglich in einer britanischen Begehung

bes Sonntags seinen Grund gehabt. Dieser Grund ist heute hinfällig geworden, aber Sonntags sollen auch die Pferde und die Autos ihre Ruhe haben. Da gehen auch die Upper ten zu Fuß. Freilich es ist ja das Gehen für Engländer überhaupt nicht eine so beschwerliche Sache wie — für viele andere Menschen, und wenn es auch ein bisschen weit ist und kein Wirtshaus das Endziel bildet!

Am Sonntag geht dem wohl alle Welt in den Park. Aber merkwürdig, wie sich die verschiedenen Gesellschaftsklassen hier ganz von selbst absondern! Da ist zunächst eine Stätte, wo ein Militärkonzert stattfindet, und dichte Massen des Volkes haben sich hier ein — Grund genug für Leute, die sich für etwas Besseres halten, der Stelle fernzubleiben. Andere scheren sich weder um Musik noch Vornehmheit und gehen ihre eigenen Wege. Manche lagern sich auch auf dem Rasen und halten hier auch wohl ein regelrechtes Picnic ab. An besonderen Plätzen haben auch die Fasnadenner Aufstellung genommen und „rasen draußlos“. Religion, Atheismus, Politik, soziale Zustände — na, und natürlich auch das Stimmrecht für Frauen — alles das wird hier unter freiem Himmel auf dem Rasen erörtert. Ja, englische Rasen können viel vertragen — und die Zuhörer auch. Aber das ist doch auch nichts für die vornehme Welt. Auch sie hat ihre eigene Sammelstätte, heute nicht mehr in Rotten Row — eine verderbte Form des alten Route du Roi —, wo an Hochtagen Hunderte von Reitern und ebenso viele anmutige Reiterinnen auf ihren Rossen sich tummeln, sondern — die Mode will ihre Abwechslung haben — zurzeit etwas weiter in der Richtung von Marble Arch, wo die Zugehörigen der Upper ten — und solche, die dazu gezählt werden möchten — in bunten Gruppen auf Penny-Stühlen im öffentlichen Park auf dem Rasen sitzen.

Und sind das wirklich Zugehörige der „oberen zehn“ tausend? — Nun, die Gesellschaft ist an einem jebermann frei offensiehenden Orte selbstverständlich stets gemischt, aber

steuer aus dem Steuerbuckel ausschneidet. Kommt also mit sozialdemokratischer Hilfe eine Mehrheit für die Erbschaftsteuer zustande, so eröffnet sich die Aussicht auf ein völliges Scheitern der Finanzreform, denn die Mehrheit für die Erbschaftsteuer wäre nicht auch eine Mehrheit für die übrigen 450 Millionen, da die sozialdemokratische Hilfe eben nur für die Erbschaftsteuer zu haben wäre, für die anderen Steuern aber nicht, zumal nicht für die indirekten Steuern. Diese 450 Millionen, deren Bewilligung nur möglich ist durch die konservativ-kerikal-polnische Gemeinschaft, würden somit überhaupt nicht bewilligt werden können, weil, wie gesagt, das Zentrum nicht mehr mitwirken würde, und weil, um es zu wiederholen, die Sozialdemokraten keinen Erfolg bieten würden. Die sozialdemokratische Taktik geht in kaum verhüllter Weise darauf aus, eine Reichstagsauflösung zu erzwingen. Die Rechnung der Sozialdemokraten, deren Entschliegungen plötzlich in den Mittelpunkt der Krise rücken und vielleicht ausschlaggebend für das weitere werden, diese Rechnung hat einen stark machiavellistischen Zug, aber gerade darum könnte sie unter Umständen erfolgreich sein. Gelingt es der Sozialdemokratie, eine Mehrheit für die Erbschaftsteuer zustandzubringen, so käme aus den vorher angegebenen Gründen zuletzt gar nichts zustande, und da die Verbündeten Regierungen die verlangten 500 Millionen brauchen, so würde ihnen nichts übrig bleiben als der Wille zur Tat, also die Reichstagsauflösung, eine Eventualität, von der man freilich im Augenblick nicht ganz übersehen, ob sie der Reichstagskanzler mit einem großen und imponierenden Entschluß verwirklichen wird. Wie man sieht, bieten sich jedenfalls sehr dramatische Möglichkeiten dar. Es gibt darunter aber auch eine, die die sozialdemokratische Taktik durchkreuzen könnte. Die Voraussetzung dieser Taktik ist nämlich und muß sein, daß die Konservativen zur Mehrheit für die Erbschaftsteuer gehören. Wie nun aber, wenn diese Gruppe in der dritten Lesung abspringt? Und vielleicht tut sie das, wenn sie wahrnimmt, daß es der Sozialdemokratie nur darauf ankommt, einen unheilbaren Konflikt zu schaffen und auf Neuwahlen hinzuwirken, Verwirrung und Unklarheit überall!

Fürst Bülow und die Konservativen.

Die Versicherungen der Konservativen, daß sie das Bleiben des Reichskanzlers wünschten, werden in der nationalliberalen „Braunschweigischen Landeszeitung“ in besonders drastischer Weise bezweifelt:

Bülow mag es anstellen, wie er nur wolle, bei der Rechten findet er keinen Gardon.

Mach' deine Rechnung mit dem Himmel, Vogt.

Fort mußst du, deine Uhr ist abgelaufen —

wird man ihm zurufen, selbst wenn wirklich ein Wunder geschähe und er diesmal noch aus dem Strudel emporzutauchen sollte. Gegen den altpreussischen Feudalismus ist noch kein Staatsmann aufgetaucht, selbst Bismarck hat später mit den Deklaranten Frieden zu machen für nichtig erachtet. Schade, seit den siebziger Jahren hat der Liberalismus nicht so viel Aussichten gehabt, wie in dieser Blodära. Daher werden seinen (Bülows) Fall die gemäßigten Liberalen, wenn sie ihm auch oft Schwäche vorwerfen mußten, am meisten zu betrauern Ursache haben.

Aber die Stimmung des Freisinn

In diesen Tagen der Entscheidung über die Finanzreform schreibt die „Bayer-Zeitung“:

Wir Liberalen können der Weiterentwicklung mit Ruhe entgegensehen, denn wie die Entscheidung auch falle, für uns bedeutet sie keine nachteilige Wendung. Haben die Konservativen den festen Willen, die Steuerreform nur als Mittel zu benutzen, um Arm in Arm mit dem Zentrum ihr Jahrhundert in die Schranken zu fordern — einen Willen, den wir noch immer für den Leitenden haben

ihrer Handlungen halten —, so wird Fürst Bülow die Bürde der Kanzlerschaft abgibteln. Das wäre der größte Schaden dabei. Als Gewinn fänden dem die Einigung der Liberalen und die Bloßstellung der Interessen- und Machtpolitik der Konservativen gegenüber. Bis zur nächsten Reichstagswahl können diese das Heft vielleicht in der Hand behalten. Sie werden dann ganz sicher schwere Einbuße erleiden, während allerdings das Zentrum auch dann seinen Turm unerschüttert erhalten und vielleicht eine Mehrheit mit Polen, Welsen, Elßassern und Sozialdemokraten erlangen wird. Haben die Konservativen Ursache dazu, Viktoria schießen zu lassen?

Au die fortschrittliche Jugend Deutschlands

richtet der fortschrittliche Jugendverein „Eugen Richter“ in Berlin folgenden Aufruf: Eine gesunde, freiheitliche Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes ist das Bestreben des entschiedenen Liberalismus. Diese aber kann nur erfolgen durch die Stärkung unserer parlamentarischen Vertretungen in ihrem harten Kampfe gegen Junker und Kuder. Daher gilt es, den altbewährten liberalen Idealen Geltung zu verschaffen durch Verbreitung unserer Gedanken und Grundsätze. Um dies zu ermöglichen, ist es die dringendste Aufgabe, die Gleichgültigen zu interessieren, die Laien aufzurütteln und damit dem politischen Indifferentismus, unter dem besonders die liberalen Parteien am meisten zu leiden haben, ein Ende zu bereiten. Wer aber ist berufen, schon frühzeitig die Waffen für den Kampf, von dessen Ausgang unsere ganze kulturelle und wirtschaftliche Stellung abhängt, zu schmeiden, als diejenigen, die die Blüte und Zukunft unseres Volkes darstellen? Deshalb, ihr jungen Frauen und Männer, stellt euch in unsere Reihen für den Freiheitskampf des zwanzigsten Jahrhunderts! Zeiget, daß in der deutschen Jugend noch jener würdige Drang nach Freiheit lebt, der ihre Größten beselzt! Zeiget, daß ihr derer von Achtundvierzig würdig und gewillt seid, den Späteren ein gleiches Beispiel zu sein! Auf zum Kampfe gegen die Reaktion, zum Siege des deutschen Bürgers im Freiheitskampfe für den Fortschritt zum Segen und Wohle der Nation! An die liberale Jugend beiderlei Geschlechts ergeht daher unser Ruf: Organisiert euch! Schließt euch in Jugendvereinen zusammen! Lernet und kämpfet! Nur so wird einst uns der Sieg!

Reichstagspräsident Graf Stolberg für die Erbschaftsteuervorlage.

Reichstagspräsident Graf Stolberg, der nicht formell, aber tatsächlich der konservativen Reichstagsfraktion angehört, soll, wie der „Königl. Hartung'schen Zeitung“ aus Lpd gemeldet wird, bereits vor der Kundgebung der Wähler in Lpd eine Mitteilung in der Erbschaftsteuervorfrage an die Leitung des konservativen Vereins in Lpd gerichtet haben, in der er in Aussicht stellte, daß er für die Regierungsvorlage stimmen werde.

500 Millionen Erbschaftsteuerertrag!

In dem erst in einigen Monaten zur Ausgabe gelangenden Bande des von Professor Schanz, Würzburg, herausgegebenen „Finanz-Archiv“ wird eine Arbeit von R. C. Mah veröffentlicht werden, deren Hauptergebnisse in Anbetracht ihres Interesses für die Allgemeinheit mit Erlaubnis des Herausgebers und Verlegers schon jetzt bekannt gegeben werden. In dieser Arbeit berechnet Mah die Durchschnittsbelastung der Erbschaften in Deutschland, England und Frankreich — was im Augenblick noch mehr interessieren dürfte als diese — den Ertrag der deutschen Erbschaften bei Anwendung der neuen englischen Nachlaß- und Erbschaftsteuersätze und kommt dabei zu folgendem Resultat:

Bei Anwendung der neuen englischen Steuersätze auf die deutschen Erbschaften würden diese im Jahre 1910 ergeben:

1. An Nachlaßsteuern 305 Millionen Mark (wenn nur die Vermögen über 20 000 Mark herangezogen werden, 290 Millionen). Der Aufschlag von 2 Prozent für fideikommissarisch festgelegte Vermögen ist in den 305 bezw. 290 Millionen noch nicht enthalten. Der Berechnung des Volksvermögens ist hierbei die preussische Ergänzungssteuerstatistik zu Grunde gelegt.

2. An Nachlaß- und Erbschaftsteuer zusammen 429 Millionen Mark, und wenn die Größe der Vermögen in der Mitte liegt zwischen den auf der Basis der preussischen Ergänzungssteuerberanlagung ermittelten Zahlen und den 142 Milliarden, die Professor Hans Delbrück im Aprilheft der „Preussischen Jahrbücher“ für Preußen herausrechnet, 506 Millionen Mark.

Eine Reichserbschaftsteuer, die außer den bisherigen 40 Millionen (Reichs- und Bundesstaatssteuern) noch 100 Millionen gebracht hätte, würde die deutschen Erbschaften — mit den bestehenden Steuern zusammen — mit 33 Prozent belasten, das wären rund drei Viertel des französischen Satzes der Erbschaftsbelastung, rund ein Drittel der künftigen englischen.

Am Schlusse seiner Berechnung sagt Mah: „Das Resultat dieser Untersuchung, bei der selbstredend auch nicht ein Dezimalbruch einer Idee oder einem Wunsche zuliebe gestaltet worden ist, hat den Verfasser selbst überrascht, und diese Überraschung wird wohl allgemein sein. Gerade darum aber kann er nicht umhin, dem Gefühle der Beschränkung darüber Ausdruck zu geben, das ihn angesichts der Tatsache erfüllt, daß das große, reiche Volk, dem er angehört, nicht einmal den Opfermut besitzt, von seinem Reichtum der Allgemeinheit verhältnismäßig auch nur den fünften Teil dessen zu opfern, was die englische Nation an seiner Stelle ohne Zaudern auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt hat.“

Der Hansa-Bund.

Es wird uns geschrieben: Ihr zeitgemäßer Artikel mit dem Aufruf, dem Hansa-Bund beizutreten, veranlaßt mich, zu bitten, noch folgendes zur Ergänzung anzunehmen:

Wer leidet am meisten durch die durch die Agrarier herbeigeführten Gesehe? Das sind nicht allein Handel, Industrie und Gewerbe, sondern noch mehr alle diejenigen, welche mit einem festen Einkommen rechnen und sich danach einrichten müssen, also alle Beamte, Angestellte und vor allem die Pensionäre, denn die letzteren können nie in die Lage kommen, durch Extraanstrengung ihrerseits sich die durch die Agrarierpolitik herbeigeführten höheren Lebensmittelpreisen, des Brotes, des Fleisches, der Wohnungen, der Kleidung und anderer Sachen zu verdienen. Der noch im aktiven Dienst stehende Beamte hat freilich durchweg kürzliche Erhöhungen seines Einkommens erhalten; wenn wir aber die Sache bei Licht besehen, so sind solche für ihn sehr häufig nur illusorisch, denn sie werden durch die erhöhten Haushaltskosten aufgewogen.

Wer aber bezahlt nun diese unnütz erwachsenden Kosten durch Gehaltsaufbesserungen? Handel, Industrie und Gewerbe bezahlen sie in erster Linie. Durch sie allein ist es möglich geworden, den Angestellten und zum Teil auch den Pensionären die Gehalts-, resp. Pensionsszulagen zu gewähren. Die Agrarier und ihre Freunde haben es so eingerichtet, daß aus ihren Taschen nichts dazu beigetragen wird. Sie sagen sogar: Jetzt erhalte der Beamte mehr, jetzt könnten sie die Salten noch straffer anziehen.

Was bezweckt nun der Hansa-Bund? Er bezweckt die Unterstützung der Regierung in dem Bestreben, die Lasten gleichmäßig zu verteilen. Darum erlöst keine Mahnung: Beamte, Pensionäre und alle diejenigen, die ein festes Einkommen haben und durch die Preiserhöhung aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände besonders leiden, unterstützen den Hansa-Bund und dadurch indirekt alle auf Verbesserung des Nationalwohls hinielenden Bestrebungen der Regierung. Unterstützt ihr jetzt das Agrariertum und ihre Freunde, dann wird die Teuerung schnell weiter fortzuschreiten. Zum wiederholten Male aber werdet ihr Handel, Industrie und Gewerbe nicht berechtigt finden, euch Zulagen zu bewilligen. Auch die beste Mächtigkeit läßt sich nicht fort und fort stellen.

Von der Geschäftsstelle des Hansa-Bundes wird uns geschrieben:

Bei der Geschäftsstelle des Hansa-Bundes gehen von Tag zu Tag in steigender Zahl Beitrittsanmeldungen neuer Mitglieder aus allen Kreisen von Gewerbe, Handel

es ist doch auffallend, wieviele Gesichter von Hurlingham und Ranelagh und den besten Plätzen von Ascot — ja, und auch in Ascot-Neidern —, wieviele wirklich vornehme Leute hier im Park sitzen. Man muß nur die rechte Stelle auffinden. Und noch auffälliger ist es, daß in diesem „demokratischen Lande“ von den übrigen Millionen Londoner Einwohnern verhältnismäßig so wenige sich unter sie mischen. Manche stellen sich sogar — zumal am Ascot-Sonntag — in ehrerbietiger Entfernung auf und gaffen. Warum treten sie nicht näher? Es ist nicht sowohl der Beimg für den Stuhl, der sie fernhält, als das Gefühl, daß sie sich unter der aufgepuhten Gesellschaft nicht heimlich fühlen würden, der den englischen Massen immerwährende respect for their Superiors — oder was sie dafür halten —. Noch ein anderes mag hier bezeichnend sein: Der Zylinder, die in früheren Zeiten in der Stadt so allgemein getragene „Behauptung“ jedes Engländers, ist in den letzten Jahren mehr und mehr aus der Mode gekommen. „Wer aber irgend etwas auf sich hält, hält den Zylinder im Park auf sich“ — wenigstens an dieser Sammelstätte der vornehmen Welt. Es gibt jeden Sonntag zwei „Paraden“. Die altersgeheiligte „Kirchenparade“ dauert von 12 bis gegen 2, wenn auch heute wohl nur selten gerade Elemente darin mitwirken, die eben aus der Kirche kommen. Die zweite Vorlesung beginnt um 6.

Ein anderes ganz besondere Anziehungskraft ausübendes Bild bietet das sich immer mehr entwickelnde Sonntagsleben auf der Themse. Auch der Fluß hat seinen Ascot-Sunday. Wohl mag sich die Themse in bezug auf die Großartigkeit und Romantik der Ufer wie die städtischen Flußdampfer mit einem Fluß wie dem Rhein nicht im entferntesten vergleichen lassen; aber sie hat ihre ganz eigenen Reize. Sind die Ufer nicht imponierend, so sind sie um so idyllischer. Lassen die Dampfer viel zu wünschen übrig, so machen die Hausboote einen um so fesselnderen Eindruck, jene schwimmenden Paläste, in denen ganze Familien wochenlang ihren Wohnsitz haben. Sind sie ihres Aufenthalts an einer Stelle müde, so lassen sie ihre Behausung an einen anderen Platz bringen. Und so können wir an einer lieblichen Insel, in einer malerischen Bucht

oftmals ein halbes Duzend solcher Hausboote antreffen, die ein entzückendes Wasserdorf bilden. Die vornehmlichste Anziehungskraft bilden aber doch die zahllosen Ruderboote mannigfacher Art, die gerade am Sonntag — und vollends am Ascot-Sonntag — auf der ganzen Strecke von Oxford bis London wohl zu Tausenden einherziehen.

Aber wie verträgt sich alles das mit einer englischen Sonntagsfeier? Es sind gerade die Anzeichen der Empörung gegen den alten puritanischen Geist, der England so lange gefangen gehalten. Eben weil die moderne Anschauung noch so vielfach von den althergebrachten Fesseln eingekerkert wird — keine Theater, keine Ausstellungen und selbst die Restaurants Sonntags nur an gewissen Stunden geöffnet sind, kein Wettrennen und derartige Vergnügungen stattfinden —, wird, „was das Gesetz erlaubt“, in diesem „freien“ Lande um so mehr ausgenutzt und dann manches auch wohl auf die Spitze getrieben. Und so ist England wohl deshalb als ein freies Land bezeichnet, weil das Gesetz seine Bewohner so viel ins Freie treibt.

Wilh. H. Brand.

Aus Kunst und Leben.

* Was gebraucht man zum Plombieren der Zähne? In der „Chemiker-Zeitung“ spricht M. L. Grenet über die Substanzen, die man zum Plombieren der Zähne gebraucht. Man kann sie in vier Klassen einteilen: 1) die leicht schmelzbaren Legierungen; 2) die Amalgame; 3) die Zemente und 4) die Porzellane. Die leicht schmelzbaren Legierungen sind nur noch historisch interessant. Die Amalgame aber werden auch jetzt viel gebraucht, es sind Legierungen des Zinns und des Silbers, die der Zahnarzt in dem Augenblicke des Gebrauchs mit Quecksilber legiert. Das Verhältnis des Zinns wechselt von 48 bis 33 Prozent, das des Silbers von 52 bis 64 Prozent. Alle Amalgame haben den großen Fehler, zu schrumpfen, so daß sich mit der Zeit ein Zwischenraum zwischen der Plombe und dem Zahn bildet und die Laries weitergeht. Die Amalgame haben den Fehler, sehr sichtbar zu sein, nähern sich aber nur wenig ab. Die Zemente werden bereitet, indem man Zinnoxid mit einer

bidien Lösung von Aluminiumphosphat mischt. Sie geben eine vollkommene Plombe, aber ändern sich leider mit der Zeit und nutzen sich ziemlich schnell ab. Neuerdings hat man Zemente verfertigt, die den Zähnen ähnlicher sind als Zemente mit Zinnoxid. Das Pulver dieser Zemente ist ein Calciumsilicoaluminat, die Flüssigkeit ist ein Aluminiumphosphat. Sie verderben indessen unter der chemischen Wirkung der Mundflüssigkeiten schneller als die mit Zinnoxid und hatten zu wenig. Das Porzellan wird in passend geformten Stücken mit Zement in die Zahnhöhlen gefittet.

Theater und Literatur.

Die „Association internationale littéraire et artistique“ in Kopenhagen eröffnete gestern in Gegenwart des Königs, zahlreicher Minister und auswärtiger Gesandten den 39. Kongreß.

In Paris soll im November ein von einem russischen Bildhauer entworfenes Denkmal Oskar Wilde's auf dem Père Lachaise enthüllt werden.

Bildende Kunst und Musik

Eine Gedächtnishalle für Richard Wagner, die reichen Bilderschnud nach den Musikdramen des Meisters tragen soll, wird in Mainz in der „Neuen Anlage“ auf einer Anhöhe errichtet werden. Die Kommission des Stadtrates, der das Projekt vorgelegen hat, hat sich für die Ausführung ausgesprochen.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rirschner trat gestern in Berlin das Komitee für die Errichtung des Rudolf Virchow-Denkmal's auf dem Karolplatz zusammen. Der Ausschuß beschäftigte eingehend das Modell nach dem geänderten Entwurf. Dieses neue Modell fand, nach der „Frl. Jg.“, den einmütigen und ungeteilten Beifall aller Mitglieder. Die Büste von Virchow sollte nach einem Gemeindefestschluß in Bronze an dem Denkmal angebracht werden; der Ausschuß war aber nach der Beschäftigung des Modells übereinstimmend mit dem Künstler der Ansicht, daß keinerlei Gefahr bestehe, wenn auch die am Sockel des Denkmals anzubringende Büste des Gelehrten nach dem Modell nicht in Bronze, sondern in Marmor ausgeführt wird.

Nr. 2
und Ind
Die aus
Hansa-B
Dr. Roe
sein, ber
von Anh
haben in
tretungen
stimmung
fordert.
nufen de
Kammer
Haupt ber
den Trad
Hansa-B
Diesen ab
und Ziel
helfen.“
beutung d
Süden r
errige Vo
die deutsche
Mannheim
hoh auch
geiten, ber
liger Zahl
angehörend
handels-
die Glei
konservativ
teten ist.
Einem
veröffentlic
Dr. v. Lis
Die M
großen in
So ist
geborene
Mehr als
betont wor
aufschauung
Bund sich
Sedankentw
Bund ge
breitung un
je den libe
musse selbst
ernste Maß
Trängens
ausgehob
Siedben
jezt erfol
Rädtischen
im Hansa-
Libera
Reichstag
schaft in
einigung b
Organisatio
müssen. G
liberale
m ant, für
Nationallib
kommen ist
haben beide
Kampf gefi
gleichen takt
wenn nicht
Anständig gesch
zuführen
gemeinsame
eine Versch
durch die G
Nationala
Lusses
die herrsch
Sinn und
und jeden
Staats
der jeden
Wichtung er
bringendere
liberalen G
was der Bi
und lernen
die Tat meh
Bund von
und Wort
steten berei
kommen, um
zu leiten.
Sonntag
Ergische
ste in Stu
beschließen.
Handwerks
die vielfach
nach der po
Eppelin
befehl.
fordert, wie
Reiche, alle,
industrie unfer
bestellte gleich
Listen zu
mag für Sel
legen a u

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Die Genesung des Kardinals Ropp macht, nach der „Schief. Ztg.“, weiter so gute Fortschritte, daß er bereits zeitweise das Bett verlassen kann.

○ Schüler als Begleiter des Kaisers auf der Nordlandsreise. Auf der diesjährigen Nordlandsreise des Kaisers werden sich, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, zum ersten Male sehr jugendliche Gäste im Gefolge des Monarchen befinden. Der Kaiser hat nämlich angeordnet, daß nicht nur Gelehrte, Künstler usw. Einladungen für die Nordlandsreise erhalten, sondern daß auch Gymnasialisten und Studenten als Vertreter der heranwachsenden Generation Gelegenheit erhalten, die Nordlandsreise mitzumachen und Land und Leute kennen zu lernen. Es ist dem Kaiser auch nicht zum geringsten darum zu tun, in der bei seinen Sommerreisen gewohnten Umgebung sich über die Anschauungen der heranwachsenden Jugend in direktem Verkehr mit einigen Repräsentanten aus eigener Erfahrung zu unterrichten. Aus diesem Grunde sind, wie wir erfahren, in diesem Jahre an einen Studenten und einen Primaner, den Sohn eines Berliner Gymnasialprofessors, Einladungen zur Beteiligung an der Nordlandsreise als Gäste des Kaisers ergangen.

* Kaiser Wilhelm und König Salon. Wie die Blätter aus Christiana melden, ist anlässlich der Nordlandsreise Kaiser Wilhelms in diesem Jahre keine Begegnung mit König Salon zu erwarten.

* Ein unbeantwortetes Kaisertelegramm? Die „Rh.-W. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der in Antwerpen erscheinende „Matin“ bestätigt, bisher sei auf das Glückwunschtelegramm des deutschen Kaisers an sein englisches Regiment von London aus noch keine Antwort erfolgt. Ein Londoner Abendblatt habe wiederholt daran erinnert, aber der Oberst des Regiments habe weder eine Richtigerstellung noch eine Wiberlegung veranlaßt. Das Antwerpener Blatt meint zum Schluß: „Wenn sich jetzt sogar die Militärs und Volksvertreter hineinmischen, wie soll das enden?“ Dann würde das Kaisertelegramm zu einer bedauerlichen Standagefichte Anlaß gegeben haben.

* Zum 70. Geburtstag von Erzengel Hamm. Der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei in Bonn veranstaltet aus Anlaß der Vollendung des 70. Geburtstages seines Vorsitzenden Wlfr. Geh. Rats Dr. Hamm eine Feier, die am Dienstag, den 29. Juni, in der Lese- und Erholungsgesellschaft zu Bonn stattfindet. Um 1/21 Uhr wird eine Feststimmung des Vorstandes abgehalten, an die sich gegen 2 Uhr ein Festmahl anschließt.

* Zum Briefe des früheren Abg. Heydweiller (Unterwesterwaldkreis), den der Abg. Raab, wie im Parlamentsbericht der vorigen Ausgabe mitgeteilt wurde, in der Dienstadt des Reichstags vorgelesen hat, bemerkt der nationalliberale „Hannov. Courier“: Dann erdörnte wieder Herr Raabs Stimme. Bemerkenswert war aber nur der von ihm verlesene Brief des verstorbenen Nationalliberalen Heydweiller. Ein Brief mit frankhaften Ausfällen gegen die nationalliberale Partei. Wer da weiß, daß der bedauernde Mann schon mehrfach im Sanatorium interniert war, versteht die milde Zurückhaltung, die sich Dr. Weber diesem Schreiben gegenüber auflegte.

* Prozeß Eulenburg. Zu dem bevorstehenden Prozeß Eulenburg ist die Ladung der Zeugen erfolgt. Die Zeugen wurden für den 7. Juli und die kommenden Tage für 8 1/2 Uhr vormittags nach dem Schwurgericht Moabit gerufen.

* Gegen die Klassenunterschiede in den Speisewagen. Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Breitenbach, eine Eingabe gerichtet, welche sich gegen die geplanten Klassenunterschiede in den Speisewagen der Eisenbahnen wendet. Es wird u. a. ausgeführt: Die Reisenden der dritten Klasse aber würden in erheblicher Weise in der Benutzung beschränkt werden, denn zu ihrer Bedienung reicht der zugewiesene besondere Abteil natürlich in keiner Weise aus. Im Abteil erster und zweiter Klasse wird es Leere Plätze geben, während der Abteil dritter überfüllt sein wird. Das wird zu großen Ärgerlichkeiten führen und für die Bewirtschaftung der Speisewagen nachteilig sein, ja sogar die Rentabilität in Frage stellen. Zu der Versicherung, daß der Speisewagen erst 20 Minuten nach Abfahrt des betreffenden Zuges von der Abgangstation offen stehen und vorherige Lösung der Platzkarte notwendig sein soll, heißt es: Der Reisende wird oft gezwungen sein, schnell im Speisewagen eine Erfrischung zu suchen, da er vielleicht in der nächsten Viertelstunde in einen Zug übergeht, der einen Speisewagen nicht führt, und in dem er noch eine längere Fahrt zurücklegen muß. Die Bedienung auf den Stationen durch die ambulanten Kellner ist noierisch ja auch eine keineswegs dem Bedürfnis gerecht werdende, da es an Zeit fehlt, das Reisepublikum zu befriedigen. Das vorherige Lösen einer Platzkarte würde bei der langsamen Abwicklung der Platzkartenausgabe in einem langen Zug auch so lange Zeit erfordern, daß oft die Benutzung des Speisewagens illusorisch werden würde.

* Die Gehaltsnachzahlungen an die Lehrer. Die „Magd. Ztg.“ veröffentlicht folgende Zuwendung aus ihrem Leserkreis, die in Lehrertreffen sicher Widerhall finden wird: Die Verzögerung der Nachzahlungen bis zum Oktober oder gar November d. J. ist geeignet, in Lehrertreffen eine große Unruhe oder gar Bestürzung hervorzurufen. Nach mehrjährigem Warten, nach Überwindung von großen Schwierigkeiten jetzt wieder ein 3- bis 4monatiger Aufschub in der unmittelbaren Ausführung des Gesetzes! Und das, nachdem die Minister und beide Häuser des Landtags wiederholt Veranlassung genommen haben zu erklären, daß die Zahl der Gehaltsrückstände und Nachzahlungen sein werden. Zeitlich weil der Verwaltungsapparat wohl so langsam und umständlich arbeitet, sollen die Lehrer wieder verdrößt werden. Die Regierung kennt doch genau die Anzahl der Schulstellen in den einzelnen Gemeinden, kennt die Dienjahre der Lehrer, kennt die Zahl ihrer jeweiligen

Alterszulagen, kennt die Höhe des Grundgehalts und der bis jetzt gezahlten, beziehungsweise in Anrechnung gebrachten Mietsentschädigung, kennt den Schulfach jeder Gemeinde und die Leistungsfähigkeit der Lehreren, kennt schließlich auch die Höhe der staatlichen Zuschüsse an die Gemeinden. In allen diesen Angelegenheiten werden von der Regierung jährlich Erhebungen angestellt. Auch die Frage der Mietsentschädigungstarife braucht noch lange kein Grund dafür zu sein, den Lehrern die so dringend nötigen, größeren Nachzahlungen vorzuenthalten, und dadurch aufs neue Erregung hervorzurufen. Wenn der Provinzialrat die Tarife für die Mietsentschädigung vor der Sommerpause nicht mehr feststellen kann, so trenne man doch die Nachzahlung der Mietsentschädigung von der Nachzahlung im Grundgehalt und Alterszulagen, und lasse letztere den Lehrern ungefümt zukommen. Höhe und niedrigere Staatsbeamte, Geistliche u. a. haben bereits das Geld in Händen, entweder in vollen Beträgen oder wenigstens einen Teil in der Form von Vorschusszahlungen. In irgend einer Weise müssen die bereits interessierten Lehrer entschieden noch zum 1. Juli bedacht werden. Denn das unterliegt keinem Zweifel, daß viele im Hinblick auf sicher zu erwartende Einnahmen Ausgaben gemacht oder geplant haben, die vom einfachen Gehalt nicht zu bestreiten sind. Und weiter: es handelt sich hauptsächlich nur um die minderbesoldeten Lehrkräfte. In den Großstädten sind die Nachzahlungen, soweit sie überhaupt zu leisten sind, nur gering. Aber gerade die Lehrer auf den mittleren und kleinen Stellen werden ganz hervorragend an der rechtzeitigen Nachzahlung der Gehälter zum 1. Juli betroffen. Und wenn die Nachzahlungen ausbleiben, wie ist es dann mit den neuen Bezügen des Normallohns? Hoffentlich werden sich in der kurzen Zeit noch Mittel und Wege ergeben, um das fertige Werk der Lehrerbildung nicht — bloß um der Verwaltung willen — seiner besten Seite zu berauben, das ist in diesem Fall die rechtzeitige Durchführung.

* Die diesjährige Tagung des Alldeutschen Verlaudes wird bekanntlich vom 3. bis 7. September in Schandau abgehalten werden. Der 3. September wird Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses gewidmet sein. Am 4. September findet eine Vorstandssitzung statt, auf deren Tagesordnung u. a. stehen: Die Felsenfrage, die Entwicklung in Elsaß-Lothringen, die Entwicklung in Nordschleswig, die Lage in Deutsch-Südwestafrika, Wahlen. Der eigentliche Verbandstag folgt dann am 5. September. Außer geschäftlichen Erörterungen werden auf ihm die folgenden Thematata zur Sprache kommen: Der Staat und die deutsche Sprache, der wirtschaftliche Kampf gegen die Tschechen, das Deutschium in Bosnien und seine Zukunft, ein Antrag der Ortsgruppe Darmstadt auf Festsetzung deutscher Namen in den deutschen Kolonien. Abends findet ein Festkommers statt. Am 6. und 7. September werden eine Fahrt auf der Elbe und ein Ausflug nach Tetschen die Tagesordnung abschließen.

inf. Allgemeine Abnahme der Streiks in Deutschland im Jahre 1909. Aus der offiziellen Statistik läßt sich die überraschende Tatsache entnehmen, daß die Streiks und Aussperrungen in Deutschland im ersten Vierteljahre 1909 im Verhältnis zu früheren Jahren bedeutend abgenommen haben. Vergleichsweise sind den Zahlen für das erste Vierteljahr 1909 die entsprechenden Zahlen für das erste Vierteljahr 1908 in Klammern beigelegt. Danach wurden im ersten Vierteljahr 1909 187 (225) Streiks endgültig beendet. Durch diese Streiks sind 274 Betriebe (gegen 428 im vergangenen Jahre) betroffen und davon 90 (145) Unternehmungen zum völligen Stillstand gebracht worden. Auch die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden war im Jahre 1908 unverhältnismäßig höher als in dem eben beendeten Vierteljahre. Sie betrug diesmal nämlich bloß 8471, gegen 13 900 im ersten Vierteljahr 1908. Die Aussperrungen und Streiks hatten in 32 Fällen (29) vollen Erfolg, während sie in 55 Fällen (87 im ersten Vierteljahr 1908) ein bloß teilweise Ergebnis aufzuweisen hatten. In 100 Fällen (189 im ersten Vierteljahr 1908) ließ sich absolut kein Erfolg erzielen. Das erste Vierteljahr 1909 hatte 12 Aussperrungen gegen 32 im entsprechenden Vierteljahr 1908 zu verzeichnen, von denen im ganzen 127 Betriebe (303 für 1908) getroffen wurden. Von diesen Unternehmungen wurden durch die Aussperrungen 38 zum völligen Stillstand gebracht (105 im ersten Vierteljahr 1908). Die Höchstzahl der gleichzeitig im ersten Vierteljahr 1909 Ausgesperrten betrug 2226 (im ersten Vierteljahr 1908 wurde die enorme Zahl von 12 349 erreicht). Die Aussperrungen hatten in 6 Fällen (25 1908) vollen, in 6 Fällen (5 1908) teilweisen und in keinem Falle (2 1908) keinen Erfolg. Von den Streiks wurde in erster Linie die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate betroffen. Aber auch die Metallverarbeitung hatte viel dadurch zu leiden. Es folgen dann die Industrie der Steine und Erden und schließlich die Textilindustrie, die aber nur zum geringsten Teil von der Streifsbewegung betroffen wurden. Die Aussperrungen hingegen betrafen hauptsächlich die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und die Industrie der Steine und Erden.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen. Das Militär-Wochenblatt meldet: Graf v. Schweinitz u. Rain, Rbr. v. A. u. d. Oberleut., beauftragt mit der Führung des 1. Garde-Regt. art. Regts., unter Belassung in dieser Stellung zum Flügeladjutanten Sr. Maj. des Kaisers und Königs ernannt. * Fürst Günther zu Schwarzburg Durchl., General der Kav., a. l. s. des Garde-Regt. art. Regts. und Chef des 3. Bats. 7. Thür. Inf.-Regts. Nr. 96, auch zum Chef des 3. Thür. Inf.-Regts. Nr. 71 ernannt. * v. Frixen, Gen.-Major u. Kommandeur der 78. Inf.-Brig., unter Beförderung zum Gen.-Leut. zum Kommandeur der 96. Div. ernannt. * Koch, Oberst u. Kommandeur des Inf.-Regts. General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen (3. Brandenb.) Nr. 64, mit der Führung der 78. Brig. beauftragt. * v. Kehler, Oberleut. beim Stabe des Inf.-Regts. Fürst Leopold von Anhalt-Deskau (1. Na. des.) Nr. 26, unter Beförderung zum 5. Hann. Inf.-Regt. Nr. 165 mit der Führung dieses Regts. beauftragt. * Prinz Albert zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg-Schleiss, Oberst, beauftragt mit der Führung der 21. Kav.-Brig., zum Kommandeur dieser Brig. ernannt. * v. Derssen, Oberst und

und Industrie und allen Orten des Deutschen Reiches ein. Wie aus den Eingängen der letzten Tage ersichtlich, hat der Hansa-Bund alle Veranlassung, den Abgeordneten Raab, Dr. Koeside, Spahn und Graf Westarp dankbar zu sein, deren jüngste Reichstagsreden dem Bunde Tausende von Anhängern zugeführt haben. Wie bereits gemeldet, haben in jüngster Zeit auch viele angesehenere Handelsvertretungen den Bestrebungen des Hansa-Bundes ihre Zustimmung erteilt und ihre Mitglieder zum Beitritt aufgefordert. Von besonderem Interesse ist unter diesen Aufzählungen derjenige der Handelskammer und der Gewerbetammer Lübeck, in welchem es heißt: „Für Lübeck, das Haupt der alten Hanse, ist es eine Ehrenpflicht getreu den Traditionen seiner Vergangenheit, jetzt dem neuen Hansa-Bund seine besten Kräfte freudigst zu leihen und diesen alten stolzen Namen auch unter veränderten Zeiten und Zielen neuen Glanz und neuen Inhalt gewinnen zu helfen.“ Daß das Verständnis für die nationale Bedeutung der Bestrebungen des Hansa-Bundes im deutschen Süden nicht geringer ist als im Norden, zeigt das gleichzeitige Vorgehen der Handelsvertretungen der wichtigsten süddeutschen Plätze, insbesondere von Frankfurt a. M., Mannheim, Nürnberg und Stuttgart. Bemerkenswert ist, daß auch aus Orten, die als Hochburgen des Zentrums gelten, dem Hansa-Bund Beitrittsanmeldungen in ansehnlicher Zahl zuströmen, ein Zeichen, daß bei den dieser Partei angehörenden Kaufleuten und Industriellen über die handels- und verkehrsfeindliche Haltung der Parteileitung die gleiche Mißstimmung herrscht, wie sie in der konservativen Wählerschaft bereits offenkundig zutage getreten ist.

Hansa-Bund und Liberalismus.

Einem unter dieser Rubrik in Nr. 660 der „Ebn. Ztg.“ veröffentlichten Artikel des linksliberalen Abg. Professor Dr. v. Liszt entnehmen wir folgende beachtenswerte Sätze: Die Reichspolitik ist nur eine Episode in dem großen innerpolitischen Ringen um die Macht. So ist der Hansabund, er mag es wollen oder nicht, der geborene Bundesgenosse des Liberalismus. Mehr als einmal ist auf der Versammlung vom 12. Juni betont worden, daß es sich um einen Kampf zweier Weltanschauungen handle. Die eine davon, zu der der Hansa-Bund sich bekennt, ist auch die des Liberalismus. Aus der Bedankenwelt des Liberalismus ist der Hansa-Bund geboren worden; an seiner Kräftigung und Ausbreitung mitzuarbeiten, wird daher die Aufgabe eines jeden liberalen Politikers sein. Für den Liberalismus selbst ist der Hansa-Bund eine Lehre und zugleich eine ernste Mahnung. Die von den Parteiführern trotz alles Drängens der Wählerschaft immer und immer wieder hinausgeschobene Zusammenfassung der verschiedenen liberalen Parteirichtungen muß erst erfolgen, wenn der Liberalismus die Führung des bürgerlichen Bürgertums nicht aus der Hand geben will. Was dem Hansa-Bund sich vollzogen hat, kann und muß im Liberalismus sich wiederholen. Im Landtag wie im Reichstag hat die freisinnige Fraktionsgemeinschaft in harten Kämpfen sich bewährt. Aber diese Verdringung der linksliberalen Gruppen genügt den Anforderungen nicht, die in der gegebenen Sachlage an die politische Organisation des liberalen Bürgertums gestellt werden müssen. Es mag zugegeben werden, daß für die große liberale Partei von Wasser mann bis Raabmann, für die Verschmelzung der Freisinnigen mit den Nationalliberalen, der rechte Augenblick noch nicht gekommen ist. Aber in der Frage der Reichsfinanzreform haben beide Gruppen in erster Gemeinschaft den Kampf geführt für ein gemeinsames Ziel und nach den gleichen taktischen Grundrissen. Was da geschehen ist, könnte, wenn nicht in allen, so doch in den meisten Fragen auch künftig geschehen. Die Voraussetzung dafür wäre die feste Verbindung der beiden liberalen Gruppen miteinander, die gemeinsame Beratung aller wichtigeren Fragen. Das kann ohne Verschmelzung der Parteien und ihrer Organisationen durch die Einsetzung eines den Freisinnigen und den Nationalliberalen gemeinsamen Aktionsausschusses erreicht werden. Der entschlossene Kampf gegen die herrschende konservative Partei hat nur dann Sinn und Berechtigung, wenn der Liberalismus stark genug jeden Augenblick bereit dazu ist, die Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Darum gibt es für jeden liberalen Politiker, welcher enger liberalen Richtung er auch angehören mag, keine wichtigere und dringendere Aufgabe als die Befestigung der beiden liberalen Gruppen trennenden Schranken. Das ist es, was der Liberalismus von dem Hansa-Bund lernen kann und lernen muß. Das Beispiel wirkt mehr als die Lehre, die Tat mehr als das Wort. Und darum begrüße ich den Bund von Industrie, Gewerbe und Handel als Vorbild und Vorläufer für den Bund der Liberalen.

Losalkomitees des Hansa-Bundes

Wenden bereits in zahlreichen Städten provisorisch zusammen, um die Gründung von Unterbünden in die Wege zu leiten. Der Zulauf ist außerordentlich. Am nächsten Sonntag soll eine Versammlung der württembergischen Industriellen, Gewerbetreibenden und Kaufleute in Stuttgart stattfinden, um sich dem Hansa-Bund anzuschließen. Es haben auch die namhaftesten Führer des Handwerks und des mittleren Gewerbes mit unterzeichnet, was vielfach der konservativen Partei angehören. Nach der populärste Mann des Schwabenlandes, Graf Seydelin, hat seinen Namen unter den Aufruf gesetzt.

Die Handelskammer Wiesbaden

fordert, wie schon eine Reihe anderer Handelskammern im Reich, alle, die dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie unseres Bezirks zugehören, Selbständige und Angestellte gleichermaßen, zum Beitritt in den Hansa-Bund aufzufordern.

Listen zum Beitritt in den Hansa-Bund (Jahresbeitrag für Selbständige 3 M., für Angestellte nur 1 M.) liegen auch am „Tagblatt“-Schalter auf.

Commandeur des 2. Regim. Man. Regis. Nr. 9, mit der Führung der 25. Kav. Brig. (Großherzog. Hess.) beauftragt. * v. Seiditz, Oberstleut., beauftragt mit der Führung des 2. Regim. Königs-Hundert von Italien (1. Kurhess.) Nr. 13. * v. Mutius, Oberstleut., beauftragt mit der Führung des Reg. Königs-Jäger zu Pferde Nr. 1, zu Kommandeuren der betr. Reg. ernannt. * Frh. v. Kap-herr, Oberstleut. und Kommandeur des Magdeburg. Inf.-Reg. Nr. 10. * v. Unger, Oberstleut. und Kommandeur des Drag.-Reg. von Wedel (Komm.) Nr. 11, zu Obersten befördert. * v. Bardeleben (Frankfurt a. M.), Oberstleut. der Landw.-Kav. 1. Aufgebots, unter Befehl in dem Kommando zur Dienstleistung bei dem Man.-Reg. von Kaster (Schles.) Nr. 2, zu den Reg.-Offizieren dieses Regis. verlegt. * Böhm, Oberst und Kommandeur des Feldart.-Regis. von Volkendorf (1. Rhein.) Nr. 8, zum Kommandeur der 8. Feldart.-Bris. ernannt. * Dreßler, Oberst, beauftragt mit der Führung der 21. Feldart.-Bris., zum Kommandeur der betr. Brig. ernannt. * Bahndorff, Oberstleut. und Kommandeur des 4. Bod. Feldart.-Regis. Nr. 66, zum Obersten befördert. * v. Sautin, Oberstleut. und Kommandeur der Bioniere des 1. Armeekorps, zum Oberst befördert. * Kevler, Hauptm. und Kompaniechef im 1. Nass. Inf.-Reg. Nr. 87, scheidet am 30. Juni aus dem Heere aus und wird mit dem 1. Juli als Hauptm. im Kommando der Schutztruppen im Reichs-Kolonialamt angestellt. * Rapp-Rinn, Hauptm. im 1. Nass. Inf.-Reg. Nr. 87, mit dem 1. Juli 1900 zum Komp.-Chef ernannt. * Schulze, Oberstleut. im 2. Nass. Feldart.-Reg. Nr. 63 (Frankfurt), zum Eisenbahn-Reg. Nr. 1. * Gense, Oberstleut. im Inf.-Reg. von Gersdorf (Kurhess.) Nr. 80. — zum Telegraphen-Bat. Nr. 3. * Gemoll, Leut. im 2. Nass. Inf.-Reg. Nr. 88, von Beendigung der Schulungsbereise der Kriegsakademie im Juli bis zur Beendigung der Dienstübungen 1900 auf ihr Ansuchen kommandiert. * Neumann, Oberstleut. 4. Danneb. Bion.-Bat. Nr. 10. — zum Magdeburg. Drag.-Reg. Nr. 6. * Bernide, Oberstleut. im Riederschles. Bion.-Bat. Nr. 5, zum Thüring. Man.-Reg. Nr. 6, sind für den gleichen Zeitraum zur Nachholung von Dienstleistungen, die wegen Urlaub aus dienstlichem Anlaß oder wegen Krankheit veräumt oder vorzeitig abgebrochen wurden, kommandiert. * v. Gersdorff, Leut. im Inf.-Reg. von Gersdorf (Kurh.) Nr. 80. * Berder, Leut. im 2. Kurh. Inf.-Reg. Nr. 81. * Bender, Leut. im Inf.-Leibreg. Großherzogin (3. Großherzog. Hess.) Nr. 117. * Frh. v. Berthorn, Leut. im Inf.-Reg. Hessen-Domburg Nr. 166, ein Patent ihres Dienstgrades vom 21. Juni 1900 verliehen. * Trümper, Unteroffizier im Inf.-Reg. Hessen-Domburg Nr. 166. * Cadanis, Unteroff. in Magdeburg. Drag.-Reg. Nr. 6. * Gildemann, Unteroff. im Nass. Bion.-Bat. Nr. 21, zu Fähnrichen befördert. * Wittje, Gen.-Major und Kommandeur der 8. Feldart.-Bris., unter Verleihung des Charakters als Gen.-Leut. * Sirjähberg, Oberst und Direktor der Art.-Richtk. in Spandau, — beide unter Verleihung des Charakters als Gen.-Major, in Genehmigung ihres Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * v. Born, Oberstleut. und Kommandeur des Kur. Regis. Graf Wrangel (Spreuk.) Nr. 3, unter Verleihung des Charakters als Oberst, mit der Erlaubnis zum Tragen der Regis.-Uniform, der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt. * Janke, Oberst a. D. in Dermold, zuletzt Kommandeur des 8. Dispreuk. Inf.-Regis. Nr. 45, ist auf sein Gesuch mit Pension zur Disp. gestellt. * Dr. Krebs, Stabs- und Bat.-Arzt des 2. Bat. Eisenbahn-Regis. Nr. 1, unter Beförderung zum Oberstabsarzt, vorläufig ohne Patent, zum Chefarzt des Offizierheims Tammus ernannt. * Dr. Wagner, Oberarzt der Med. (Frankfurt a. M.), zum Stabsarzt befördert. * Dr. Gensell, Assist.-Arzt der Med. (Hanau), zum Oberarzt befördert. * Dr. Gessdorffer, Stabsarzt der Landw. 1. Aufgebots (Frankfurt a. M.), der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der bisherigen Uniform bewilligt.

Der Motorrad-Melbedienst. In der Organisation des Freiwilligen-Motorfahrer-Korps, das dem „D.-F.-M.-K.“ nachgebildet werden sollte, haben sich immerhin so erhebliche Schwierigkeiten ergeben, daß diese neue und erste deutsche Miliztruppe für die Kaisermanöver in Franken noch nicht verwendungsbereit sein wird. Es werden also, wie es bereits bei den Kaisermanövern 1907 in Westfalen, 1908 in Lothringen der Fall war, die Motor-Meldefahrer außerhalb der militärischen Zukunftsorganisation — als eine Art „Einspänniger“ fahren. Erst nach den großen Herbstmanövern, die auch bei allen anderen, nicht vor dem Kaiser übenden Korps eine starke Zuteilung solcher aus privaten Motorrad-Besitzern verpflichteter Fahrer sehen werden, will das preussische Kriegsministerium an die Schaffung der neuen Truppe des „F.-M.-K.“ gehen. Im nächsten Militäretat dürfen eventuelle Forderungen für die Uniformierung, Bewaffnung, Betriebsstoffkosten usw. dieser Neuformation zu finden sein. Ferner sollen die Sätze für Invaliditätsfälle, die Meliktenderförmung u. a. der „F.-M.-K.“-Mitglieder dann reichsgefeßlich geregelt werden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine nationale Gefahr für Tirol.

Jetzt nahm auch der Hochschulenausschuss der Innsbruder Universität entschieden gegen die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät Stellung. Er wies auf die Innsbruder Novembertage und die Wiener Ereignisse hin, wo die Italiener mit Revolvern auf deutsche Kommilitonen schossen. Die italienische Universität würde Südtirol verweltlichen und niederreißen, was deutsche Schutzvereine aufgebaut haben.

Frankreich.

Eine Abordnung von Stallburgen hat gestern dem Ministerpräsidenten erklärt, die Stallburgen seien entschlossen, während der Woche des Grand Prix und der Lage des Grand Prix selbst nicht in den Auslands zu treten.

Vereinigte Staaten.

Die chinesische Eisenbahnleihe.

Der amerikanische Gesandte in Peking informierte das Staatsdepartement, die chinesische Regierung sei zu einer Berteilung der Bahnleihe bereit. Die „Associated Press“ in Paris und Peking meldet, daß die französischen und englischen Banken nachgeben, nur Deutsche arbeiteten noch gegen den amerikanischen Anspruch. Dies findet wenig Glauben. Die allgemeine Auffassung ist, daß England und Frankreich ihren Widerstand zurückziehen, um Deutschlands freundliche Haltung zu neutralisieren.

Kuba.

Ein nicht bedeutender, aber unangenehmer Zwischenfall der der kubanischen Presse Veranlassung

gibt, sich mit Deutschland in wenig schmeichelhaftem Tone zu besessen, ereignete sich in Havana. Der Dampfer „Wittkefing“ des Norddeutschen Lloyd hatte bei seiner Einfahrt in den Hafen von Havana auf dem Vordermast anstatt der kubanischen die amerikanische Flagge gehißt. Die Antwort, die der Kapitän der Regierung auf ihr Ersuchen um eine Erklärung durch Vermittlung der Agentur zukommen ließ, „daß in der Bannserie an Bord die kubanische Flagge nicht inbegriffen sei“, ist ebenso unpassend wie unflug. Daß bei einem Volke, welches in jahrzehntelangen Kämpfen seine Unabhängigkeit erkochten hat und das gerade in diesem Moment die Waffen für sein Heer und die Automobile für den Staat, trotz des Mißbehagens der Vereinigten Staaten, in Deutschland kauft, ein derartiger Mißgriff den ungünstigsten Eindruck machen muß und gewiß nicht den deutschen Interessen in Kuba zum Vorteil gereicht, ist einleuchtend.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 21. Juni.

— Zur Bürgermeisterwahl. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl des zweiten Bürgermeisters hat einstimmig beschlossen, dem Wahlkörper (Stadtverordnete und unbeforderte Magistratsmitglieder) die Wahl des Geheimen Oberfinanzrats Glässing in Darmstadt vorzuschlagen. Die Wahl soll Dienstag, 29. Juni, stattfinden.

— Justiz-Personalien. Akuar Kempin vom hiesigen Amtsgericht wurde an das Amtsgericht Köstert verlegt und Justizamwarter Schulte vom hiesigen Landgericht dem hiesigen Amtsgericht als Bureauhilfsarbeiter überwiesen.

— Grunderwerb für den neuen Exerzierplatz. Wie bereits kurz erwähnt, hat das Amtsgericht in mehreren Fällen die Klagen des Reichsmilitäriskus gegen Dohheimer und Schiersteiner Grundbesitzer wegen teilweiser Rückzahlung der für das Exerzierplatzgelände bezahlten Entschädigung abgewiesen, während auf die vor dem Landgericht schwebenden Klagen ein Urteil noch nicht ergangen ist. Nach den Amtsgerichts-urteilen ist der Entschädigungsbescheid, auf welchem die geleisteten Zahlungen basieren, unterm 23. September 1908 vor dem Bezirksauschuss ergangen. Der Auschuss behauptet, der den Beklagten zugesprochene Betrag sei zu hoch, während die Beklagten auf dem Standpunkt stehen, die Klage sei nicht rechtzeitig erhoben, die Zahlungen seien vorbehaltlos geleistet worden und der Kläger habe sich damit des Rechtes auf eine Rückzahlung endgültig begeben. Im weiteren entbehre die Behauptung, daß die Entschädigung zu hoch sei, der Begründung. Von seiten des Militäriskus wird die vorbehaltlose Auszahlung der Entschädigung zugegeben. Das Urteil erkennt zwar an, daß die Klage rechtzeitig erhoben sei, nicht aber, daß sie begründet sei. Die Rückzahlung des angeblich zu viel Bezahlten wäre zulässig, wenn die Zahlung unter Vorbehalt erfolgt wäre. Eine vorbehaltliche Zahlung habe, wie das Reichsgericht in einem Urteil vom 18. Juni 1901 darlege, die Wirkung, daß sie die Klage auf Herabsetzung der Entschädigung hinfällig mache und — wie das Reichsgericht am 19. Juni 1902 ausführte — könne nur bei Vorliegen besonderer Umstände auch eine ohne Vorbehalt geleistete Zahlung als Zahlung einer Nichtschuld zurückgefordert werden. Solche besonderen Umstände im Verhältnis zwischen den Parteien seien nicht geltend gemacht. Deshalb der Kläger vorbehaltlos bezahlt habe, sei gleichgültig.

— Internationale Luftschiff-Ausstellung Frankfurt a. M. Die Kommission des Aero-Klubs für den Freiballon-Sport zu Paris beschloß, das Anerbieten des Komitees der Frankfurter Ausstellung, in ihr Programm einen französischen Tag aufzunehmen, zu akzeptieren und am 11. September in Frankfurt eine Zielfahrt zu veranstalten, an der 12 Ballons der 1., 2., 3., und 4. Kategorie teilnehmen werden. Auch das Prinzip der aviatischen Woche von Frankfurt, welche vom 3. bis 11. Oktober abgehalten werden soll, fand, wie weiter aus Paris berichtet wird, günstige Aufnahme, doch befürchtet man, daß der Beteiligung der französischen Aviatiker die Überlastung des Termins mit flugsportlichen Veranstaltungen entgegen stehen werde.

— Burgenfahrt 1900. Die Stadt Braubach wird den Endpunkt der diesjährigen Burgenfahrt bilden. Sie liegt zu Füßen der Marksburg, die Eigentum der Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen ist und durch diese wiederhergestellt wurde. — Nachdem die Arbeiten an der Burg jetzt 10 Jahre gedauert, haben die städtischen Körperschaften den Architekten der Wiederherstellung, Herrn Professor Bodo Ehardt, zum Ehrenbürger ernannt. Die Überreichung der Ehrenbürgerurkunde soll am letzten Tag der Fahrt, am 29. Juni, beim Eintreffen der Gesellschaft in Braubach stattfinden. Die Fahrt beginnt mit einem zwanglosen Empfang in Hannover, Langelsaube 16, abends von 8 Uhr ab, zu dem auch Nichtmitglieder nach Anmeldung bei der Geschäftsstelle der Vereinigung, Grunewald bei Berlin, Einladungen erhalten. Aus Anlaß der Burgenfahrt ist, wie im vorigen Jahre, eine neue Medaille geschlagen, die in Bronze und Silber ausgegeben wird.

— Wohltätigkeitskonzert. Am Freitag, den 25. d. M., veranstaltet die Kapelle des Füßli-Regiments v. Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80 auf dem Neroberg ein Wohltätigkeitskonzert, dessen Ertrag dem „Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit und Unterstützung deutscher Invaliden, sowie deren Hinterbliebenen“ zugedacht ist. Mögen recht viele edelbedenkende Mitmenschen die traurige Lage vieler früherer Soldaten durch Besuch des Konzerts nach Möglichkeit lindern helfen.

— Ein sehr interessantes militärisches Leben spielt sich, wie der „Kardote“ meldet, diese Woche in der Umgebung Langenschwalbachs ab. Die vier Kompanien des Pionierbataillons Nr. 21 führen als militärische Übung die Anlegung neuer Waldwege in schwierigerem, felsigem Gelände aus und zwar die 1. Kompanie in Langenschwalbach, die 2. in Nieder-Clabbach, die 3. in Langenseifen und die 4. in Adolfsed. In Langen-

schwalbach finden die Arbeiten im Distrikt Eulenberg statt und werden dieselben Samstag beendet sein. Die Übung in Adolfsed ist hauptsächlich sehr interessant, da die Aufgabe darin besteht, in dem der Wirtschaft „Zum Burggarten“, Besitzer Wiltb. Otto, gegenüberliegenden steilen Waldhang einen zur Höhe führenden Weg zu bauen, welches viele technische Schwierigkeiten bietet und öfters Zersprengungen notwendig macht. Die Mannschaften kochen am Übungsplatz selbst ab.

— Der erste Gottesdienst für Taubstumme, der am Sonntag im Vereinshaus zu Herborn stattgefunden hat, war von 22 Personen besucht. Aus dem Kreise und von weiterher waren sie gekommen, um Gott zu dienen nach ihrer Weise. Herr Pfarrer Ernst von Camberg leitete den Gottesdienst ein wie jeden anderen; während der Liturgie wurde von den Taubstummen ein Lied gelesen. Es folgte die Predigt, die Herr Pfarrer Ernst laut sprach, und zwar mit eigener Lippenbewegung, so daß sie von jedem einzelnen der Taubstummen vollkommen verstanden wurde.

— Eine Gartenidylle präsentiert sich dem erfreuten Auge, wenn man die verlängerte Parkstraße nach dem Kamm einschlägt. Am Fuße desselben steht das von wilden Reben und Kletterrosen umrannte Gärtnerhaus Fischer. Die Stirnseite mit Balkonen bildet einen einzigen Rosenschmuck, der in allen Farben der Blumenkönigin erstrahlt. Ebenso sind die Seitenfronten und der hintere Sichel bis zum Dachstuhl von dichtbelebtem Geranke besponnen, durch welches die Fenster nur als kleine Unterbrechungen sichtbar sind. Jedenfalls ist es ein eigenartiger Genuss, jenen natürlichen Balkon- und Hauschmuck in Augenschein zu nehmen.

— Neue Telegraphenlinien. Der Plan über die Errichtung neuer oberirdischer Telegraphenlinien an der Pfaffenstraße zwischen Wiesbaden und Reuhof liegt bei dem Postamt in Wehen von heute ab vier Wochen aus.

— Die ehemaligen 5. Dragoner sind zu einer Besprechung über die Beteiligung an dem 50jährigen Jubiläum des Rheinischen Dragoner-Regiments Nr. 5 (v. Manteuffel) auf Samstag, den 26. Juni, abends 9 Uhr, in den „Friedrichshof“, Friedrichstraße 35, eingeladen.

— Die Unsitte Obst auf der Straße zu essen und Kerne, sowie sonstige Reste auf das Trottoir zu werfen, wo sie anderen Leuten gefährlich werden, ist nun einmal nicht auszuweichen. Ihr huldigte auch gestern wieder in der Langgasse eine Dame, die Kirchen aß und die Kerne auf das Trottoir spie. Von einem Passanten in aller Ruhe darauf aufmerksam gemacht, daß sie damit andere Leute in Gefahr bringe, hatte sie für solche berechtigte Ermahnung nur ein höhnisches Lachen. Dann ging sie auf das andere Trottoir der Straße und spuckte die Kerne auf dieses. Dafür, daß solch Gefahren auch höchst unpassend ist, schien sie kaum Verständnis zu haben. Die Polizei sollte auf diesen Unfug auch ihr Augenmerk richten; dies dürfte, um bei der bevorstehenden Obfekt Unfällen möglichst vorzubeugen, durch aus angebracht sein.

— Verfluchter Einbruch in die Bonifatiuskirche. In der vorherflorbenen Nacht wurde der Versuch unternommen, in die St. Bonifatiuskirche einzubrechen. Die äußere Gittertüre an der Sakristei war erbrochen, an der Türe der letzteren und an derjenigen des rechten Seiteneinganges sieht man die Spuren eines Brechwerkzeugs. Die Einbrecher mußten bei ihrer Arbeit gestört worden sein und die Flucht ergreifen haben, denn sie ließen eine Maurerklammer an dem Seiteneingange liegen. Von den Tätern hat man vorläufig noch keine Spur.

— Schulnachrichten. Die vormalige Holzhausersche (Brunsdorfsche) Schule unternahm unter Leitung des Direktors a. D. Dr. Witte am Montag einen Ausflug nach der Saalburg.

— Immobilien-Versteigerung. Bei Gelegenheit des gestern vormittag im Bureau des Rechtsanwalts und Notars Justizrat Dr. Romeis stattgefundenen zweiten und letzten Termins zur freiwilligen Versteigerung der Grundstücke 1. Gebäudegrundstück mit Seitenbau und Hausgarten, Emser Straße 57, sowie das Gebäudegrundstück mit Hausgarten, Mainzstraße 86a, wurden Geboten nicht abgegeben.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Walthalla-Theater. Auf die heute Donnerstag stattfindende erste Aufführung der erfolgreichen Operette „Nubitat Das Glückschweinchen“ von Leo Stein und Max Lindau, Musik von Edmund Eshler, sei an dieser Stelle noch mal aufmerksam gemacht. Das Werk erzielte am Sommertheater „Venedig in Wien“, sowie am Stadttheater in Breslau, Nürnberg, Danzig, Berlin usw. einen durchschlagenden Erfolg. Freitag, Samstag und Sonntag finden Wiederholungen von „Ein Glückschweinchen“ statt.

aus dem Landkreis Wiesbaden.

(1) Dohheim, 22. Juni. An dem Feldbergfest beteiligten sich auch die beiden hiesigen Turnvereine, und zwar nahmen an dem Wettturnen von dem „Turnverein“ 4 und von dem „Turngesellschaft“ 2 Turner teil. Es erhielten Preise vom „Turnverein“ Wilhelm Birk mit 70½ Punkten einen 37. Preis, Adolf Wagner mit 65 Punkten einen 48., August Birk mit 60 Punkten einen 58. und H. Herr mit 55 Punkten einen 68. Preis. Von der „Turngesellschaft“ errang einen Preis mit 56½ Punkten Karl Schulz. Abends bei der Heimkehr wurden die Sieger von ihren Vereinen festlich empfangen. — Auf der Rheinischen-Verbands-Ausstellung in Griesheim erhielt Herr P. Kaltwasser von hier auf einen Silber-Nammler einen 1. Preis. — Für nächsten Sonntagmorgen ist von dem Vorstande des hiesigen Gewerbevereins ein gemeinsamer Besuch der Wiesbadener Ausstellung an feiertags der Schüler der hiesigen Fortbildungsschule geplant.

88 Erbenheim, 22. Juni. Unsere drei Gesangsvereine werden anläßlich des am Sonntag stattfindenden 11. Volks-Gesangswettstreites 3 Raffenschöre zur Aufführung bringen, und zwar während des Kommerces „Liedesfreiheit“ von Marjchner, Dirigent Hermann Stiller, Sonntagsmittag in der Festhalle mit Orchesterbegleitung „Die Dämmerung des ewigen Lichts“ von Beehoven, Dirigent Edmund Steinbrück, und am Montag „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda, Dirigent Karl Altmann. Als Veranstaltungsschor fungiert der festgebende Verein zu Beginn des Kommerces „Nach dem Tor“ von Curti, am Sonntag in der 1. Klasse (Volksklasse) der Saalbau „Zum Adler“ der „Rännerziganerverein“ der „Räner“ von Seibert, und in der 3. Klasse (Volksklasse) der „Rännerziganer-Verein „Gemütslicht“ „Baldmorgen“ von Köllner. Der Raffenschor tritt mit 150 Sängern auf.

Raffanische Nachrichten.

ra. Goffheim, 22. Juni. Vom 2. bis 7. August soll diesmal der Dienenzuchtfurcus, der seither in Staffel abgehalten wurde, hier in Goffheim unter der Leitung des langjährigen Richters bei den Kurien in Pfacht und dann

Nr. 287. In Staffel... Der Ar... macht und... welche... einen ein... ersangsverf... sollte. H... zwei große... mangels di... bester eben... 000 M.,... gegen eine... schätz, mit... dem Gescha... Holzmar... früheren S... Am So... eigene in d... in Dohheim... erscholl... laut, daß je... zeitweilig... war der S... mit einem... erschienen... vorfall auf... mußte mit... anen im G... er von Ver... einen Söller...

Eine Auseinandersetzung mit den Gemeinden wird erschwert, je weiter die Steuer hinausgeschoben wird.

Staatssekretär Sydow: Ich habe schon neulich die Stellung der Verbündeten Regierungen dargelegt. Trotzdem will ich etwas näher auf die Vorlage eingehen. Um die Einzelheiten der Wirkung einer solchen Steuer zu erkennen, habe ich trotz der Kürze der Zeit praktisch und theoretisch in diesen Dingen erfahrene Männer zu einer Konferenz zusammenberufen, zu denen auch Professor Adolf Wagner sowie viele Bürgermeister und Stadträte gehörten, von denen ein Teil sich von vornherein für die Reichswertzuwachssteuer aussprach. Die Hauptschwierigkeit lag vor allem darin, daß für das ganze Reich einheitliche Bestimmungen geschaffen werden mußten.

Die Wertzuwachssteuer angenommen.

Wien, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag nahm die Wertzuwachssteuer auf Immobilien mit den gesamten Stimmen der Rechten inklusive der Polen an.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.
— Berlin, 23. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Antrags Graf von der Rede-Volmerstein (kons.), betreffend die Heranziehung der Stadtgemeinden zu Kreisabgaben.

Die Kommission beantragt, die Regierung zu ersuchen, durch eine Gesetzesvorlage die Benachteiligung zu beseitigen, die sich durch das Prinzip der Kontingentierung in dem Kreisabgabengesetz ergeben habe.

Abg. Graf von der Rede-Volmerstein beantragt, dem Kommissionsbeschluss hinzuzufügen: und dabei zu erwägen, ob nicht die Gemeinden mit ihrem Grundbesitz und Gewerbebetrieb zur Kreisbesteuerung heranzuziehen seien, und gleichzeitig zu prüfen, wie weit der Kreis der freien Städte heranzuziehen sei.

Geh. Rat Freund äußert Bedenken gegen den Antrag. Das Gesetz sei erst zwei Jahre alt und es sei verfrüht, es abzuändern.

Nach kurzer Beratung wurde der Antrag in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf wird der Gesetzentwurf, betreffend

Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen,

debatteilos in dritter Lesung angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Antrags v. Böhlen-dorff-Röpin (kons.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, der von der Tagesordnung abgesetzt wird; ebenso die Anträge Aronson (fr. Volksp.), sowie Dr. Porsch (Zentr.), betreffend die Abänderung der Bestimmungen über das Wahlrecht zu den Kreis- und Provinziallandtagen. Ein Antrag Engelbrecht (freikons.), betreffend die Einträge der Karbonitätsklassen in die Mehlzettelblätter, wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichts der Geschäftsforschungskommission über das Ersuchen des Untersuchungskommissars bei der Regierung in Breslau um Erteilung einer Abschrift, bezw. Übersendung der Petition des Polizeisekretärs Arndt in Breslau. Die Kommission beantragt, das Haus wolle beschließen, daß gegen die Herausgabe keine Bedenken bestehen.

Abg. Träger (frei. Volksp.): Wenn wir auch gegen die Herausgabe nichts einzuwenden haben, so darf doch durch einen solchen Beschluß des Hauses kein Präzedenzfall geschaffen werden.

Abg. Bierck (freikons.) schließt sich dem Antrage des Abg. Träger an.

Abg. Reinert (Soz.) begründet seinen Antrag auf Ablehnung.

Abg. v. Brandenstein (kons.): In einem ähnlichen Falle im Jahre 1893 gab der Reichstagspräsident die Schriftstücke ohne weiteres heraus. Nach dem geltenden Recht müßte das Haus die Petitionen herausgeben.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (freikons.) hält die Frage für mindestens kritisch, ob das Abgeordnetenhaus zu der Herausgabe verpflichtet sei.

Der sozialdemokratische Antrag wurde hierauf abgelehnt und der Antrag der Geschäftsforschungskommission angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge Borgmann (Soz.) und Träger (frei. Volksp.), betreffend die Abänderung des Artikels 84 der

Verfassungsurkunde,

welche verlangt, daß kein Mitglied der Kammer ohne deren Genehmigung während einer Sitzungsperiode zwecks Strafvollzugs verhaftet werden darf und daß jede Straftat eines Mitgliedes des Hauses für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben ist, wenn die Kammer es verlangt.

Zustizkommissionsberichterstatter Biszt schlägt die Ablehnung der Anträge vor.

Abg. Noeren (Zentr.) unterstützt den Antrag Träger und wünscht eine Abänderung noch in dieser Session.

Abg. Boisky (nat. lib.) führt aus: Die Verfassung kann nur aus allerzwingendsten Gründen abgeändert werden; solche liegen nicht vor.

Abg. Bierck (freikons.) empfiehlt die Ablehnung der Anträge.

Abg. Träger (frei. Volksp.) spricht sich nochmals im Sinne seines Antrages aus, ebenso

Abg. Liebmecht (Soz.), der ausführt, daß der gewünschte Zustand in allen Kulturändern bestehe. Er betonte, die Sozialdemokraten seien die einzigen Vertreter der Volksrechte im Hause. (Lachen rechts.)

Hierauf wurde der sozialdemokratische Antrag auf Abänderung der Verfassung gegen die Stimmen der Freikämmlinge, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt und der Antrag der Justizkommission mit großer Mehrheit angenommen.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz stattete heute mittag dem englischen Kadettenschiff „Cornwall“ einen Besuch ab. Beim Bombardement feuerte das Schiff Salut, den der Panzerkreuzer „Prinz Adalbert“ in 17 Schüssen erwiderte. — Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord lief um 2 1/2 Uhr aus der Holtener Schleuse in den hiesigen Hafen ein. Als die Kaiserstandarte sichtbar wurde, feierten die anwesenden Kriegsschiffe, darunter auch der englische Kreuzer „Cornwall“, den Kaiser-Salut. Gleichzeitig wurde auf allen Schiffen die Toppflagge gehißt.

wb. Lodz, 23. Juni. Anstatt des aufgehobenen Kriegszustandes in Lodz, im Lodzer und Lasker Bezirk (Gouvernement Piotrkow) wurde der außerordentliche Schutz für sechs Monate angeordnet.

wb. London, 23. Juni. Wie aus New York gemeldet wird, verläutet in den Kreisen der interessierten Finanzleute, daß Amerika, obwohl es sein Recht hervorhebt, sich mit 27 1/2 Millionen an der Sanfaun-Szechuan-Bahnleihe zu beteiligen, den Mächten zur Erleichterung der Lösung der Angelegenheit das Angebot gemacht habe, 20 Prozent der Anleihe als seinen Anteil aufzunehmen und überdies unter Zustimmung Chinas auf das Recht, einen Chefingenieur der Linie zu ernennen, verzichtet habe.

wb. Washington, 23. Juni. Die Einzelheiten bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Besteuerung der Korporationen wurden gestern in einer Besprechung im Weißen Hause zwischen dem Präsidenten Taft, dem Chef des Justizdepartements, Widderham, Root und einer Anzahl von führenden Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses festgesetzt. Man kam überein, daß alle Korporationen mit zwei Prozent des Nettoeinkommens besteuert werden und diese auch verpflichtet sein sollen, Rechnung zu legen über ihr Bruttoeinkommen, ihre Verschuldung und ihre Nettoeinnahmen. Es wird angenommen, daß die Steuer zwischen 26 und 30 Millionen Dollar einbringen wird.

Neustadt a. d. S., 23. Juni. (Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblattes.) Regierungspräsident der Pfalz Reuffer hat das Ehrenpräsidium über die pfälzische Kunst-Ausstellung, die vom 3. bis 12. Juli in Neustadt stattfindet, übernommen.

London, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblattes.) Der Kreuzer „Sappho“ ist heute früh wieder flott geworden und zur Reparatur nach Chernes abgegangen.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsebericht.

Berlin, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Börse stand bei Eröffnung unter dem Eindruck der gestrigen Abstimmung im Reichstage über die Annahme der Rotierungssteuer und zeigte meist eine schwache Haltung, immerhin aber im ganzen eine Widerstandsfähigkeit, die wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß schließlich doch eine Verständigung erzielt werden dürfte, wegen des von der Regierung eingenommenen Standpunktes, die Rotierungssteuer nicht zum Gesetz werden zu lassen, schon im Hinblick darauf, daß die Rotierungssteuer eine Schädigung der staatsfinanziellen Interessen herbeiführen müßte. Die gestrige schwächere Haltung New Yorks sowie der Verlauf der Londoner Börse wirkten auf den Gesamtverlauf verstimmend, so daß das Geschäft im ganzen sich schleppend gestaltete. Banken gegen gestern um Bruchteile niedriger, vereinzelt bis 1/2 Prozent. Von Montanaktien Bochumer und Rheinisch-Westfälischer um 1/2 bzw. 3/4 Prozent niedriger. Deutsch-Luxemburger um Bruchteile besser. Kohlenaktien preisfallend. Dreiprozentige Reichsanleihe 0,20 Prozent niedriger, Russen von 1902 dagegen 0,10 Prozent besser. Zinsenlose kaum verändert. Eisenbahnen äußerst still. Prince Henry-Bahnen auf Realisationen schwächer, Baltimore preisfallend, ebenso Kanada. Große Berliner Straßenbahn anfangs schwächer, später auf Rückläufe fest, Patentsahrt gut gehalten. Norddeutscher Lloyd auf gestrigen Schlussstand behauptet. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft auf Angebot zum ersten Kurs gedrückt, nachher weiter nachgebend. Zu Beginn der zweiten Börsenstunde lagen Hüttenaktien auf lokale Rückläufe zumeist befestigt. Dreiprozentige Reichsanleihe erholt, Ultimo-Geld 4 1/2 Prozent und 4 1/2 Prozent. Tägliches Geld 3 Prozent und darunter Privatdiskont 3 1/2 Prozent. Im weiteren Verlaufe Deutsche Bank, Diskonto-Kommandit und Dresdener Bank fest, dreiprozentige Reichsanleihe weiter anziehend. Die Befestigung der Tendenz führte man auf den günstigen Eindruck der gestrigen Kaiserrede zurück. In dritter Börsenstunde weiter fest. Industriewerte des Kassamarktes bei ruhigem Geschäft geteilt. Kolonialwerte fester.

Schiffs-Nachrichten.

Deutsche Ostafrika-Linie. Bureau: L. Kettenmayer, Nikolaistraße 3, F 328

Reichspostdampfer: „Prinzessin“, Kapitän Stahl, von Hamburg nach Südafrika, 17. Juni ab Aden. „Admiral“, Kapitän Doherr, zurzeit in Hamburg. „Feldmarschall“, Kapitän Klein, von Hamburg nach Südafrika, 19. Juni an Lissabon. „Prinzregent“, Kapitän Gause, von Südafrika nach Hamburg, 1. Juni ab Swakopmund. „Bürgermeister“, Kapitän Fiedler, von Südafrika nach Hamburg, 13. Juni ab Capetown. „Arionprinz“, Kapitän Pohlens, von Hamburg nach Südafrika, 14. Juni an Las Palmas. „Herzog“, Kapitän Reikam, von Südafrika nach Hamburg, 18. Juni ab Lissabon. „König“, Kapitän Volkertsen, von Hamburg nach Südafrika, 15. Juni an Durban. „Gertrud Boermann“, Kapitän Carlens, von Südafrika nach Hamburg, 17. Juni ab Durban. „Adolph Boermann“, Kapitän Jörrens, von Hamburg nach Südafrika, 21. Juni an Durban. „Windhof“, Kapitän Meyer, zurzeit in Hamburg. „Mali“, Kapitän Bess, von Hamburg nach Ostafrika, 15. Juni ab Romboffa. „Abedine“, Kapitän Scharje, von Ostafrika nach Hamburg, 17. Juni ab Port Said. „Margraf“, Kapitän Timm, von Hamburg nach Ostafrika, 20. Juni ab Port Said. „Eduard Boermann“, Kapitän Deppen, von Hamburg nach Ostafrika, 20. Juni an Emden.

Nächste Briefpost-Verbindungen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika
(Nach amtlichen Quellen bearbeitet.)

Der Dampfer fährt		am	aus	Die letzte Anschließungszeit für Briefe	am	Zeit
am	aus					
a) Billigster Weg (Portofals 10 Pf. für je 20 Gr. Briefgewicht).						
26. Juni	Bremerhaven	9	25. Juni	7 ⁰⁰ Nm.	6 ⁰⁰ Nm.	
1. Juli	Guxhagen	10-11	30.			
b) Schnellster Weg (Portofals 2 Pf. für die ersten 20 Gramm 10 Pf. für jede weiteren 20 Gramm) Briefgewicht.						
26. Juni	Havre	6-8	25. Juni	7 ⁰⁰ Nm.	6 ⁰⁰ Nm.	
26.	Southampton	7	25.	2 ⁰⁰ Nm.	2 ⁰⁰ Nm.	
26.	Eberbourg	7	25.	5 ⁰⁰ Nm.	5 ⁰⁰ Nm.	
27.	Queenstown	5-7	25.	2 ⁰⁰ Nm.	2 ⁰⁰ Nm.	
27.	Southampton	8	26.	5 ⁰⁰ Nm.	5 ⁰⁰ Nm.	
27.	Eberbourg	8	26.	8 ⁰⁰ Nm.	8 ⁰⁰ Nm.	
30.	Southampton	6	29.	5 ⁰⁰ Nm.	5 ⁰⁰ Nm.	
30.	Eberbourg	6	29.	8 ⁰⁰ Nm.	8 ⁰⁰ Nm.	
1. Juli	Queenstown	6-8	29.	11 ⁰⁰ Nm.	11 ⁰⁰ Nm.	

Einsendungen aus dem Leserkreise.

Der Garten um die Englische Kirche präsentiert sich den Vorübergehenden in einem derartig prächtigen Zustand, daß er dem in bevorzugter Lage stehenden schönen Gotteshaus geradezu zur Einweihung gereicht. Ein doppelter Stachelbaum, am oberen Teil der Einfriedung angebracht, konnte zwar den Glauben erwecken, daß hinter ihr große Gartenfläche vor begeisterten Besuchern geschützt werden sollen, allein bei näherem Zusehen ergab sich die ganze Lächerlichkeit dieser häßlichen Veranschaulichung. Die verwilderten Gebüsch, ungepflegten Rosenzweige und Wege laden wahrlich keinen Sterblichen zum Aufwachen an diesem „Paradiese lost“ und noch unmöglicher wäre es, darin eine Blume zu pflücken. — Hier müßte der „Wiesbadener Gartenbau-Verein“, der durch seine alljährlich veranstalteten Wettbewerbe so viel zur Hebung des gärtnerischen Strahlenbildes Wiesbadens tut, seine Stimme erheben und bei dem Vorstand der englischen Kirchengemeinde vorbestellen. Selbst mit bescheidenen Mitteln, wie sie der Kirchengemeinde für diesen Zweck vielleicht nur zur Verfügung stehen, Hebe sich hier schon ordnung und verschönerung eingreifen und ein würdiger Rahmen um die kleine Kirche schaffen, den jedes Kindlein in England zu besitzen stolz ist.

Briefkasten.

A. S., Waller Straße. Wenden Sie sich an die Anwaltskanzlei zu Gerstein.

Wiesbaden L. S., Emser Straße. Der betr. Schriftsteller ist uns unbekannt. Er steht auch im „Rüchener“ nicht verzeichnet.

H. M. S. So viel uns bekannt, schließt der „Allgemein-deutsche Versicherungs-Verein“ in Stuttgart Versicherungen gegen Unfälle bei Luftfahrten ab.

A. Bei Wohnungen im Wert bis 300 M. einschließlich kommt die Kanalbenutzungsgebühr nicht zur Erhebung.

H. S. in B. Der Zahlung der Kosten des Zahlungsbefehls kann sich der Schuldner nicht entziehen.

Stammtitel Reh. Der Stiftungstag des 1. Ober-rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 97 zu Saarburg ist der 1. April 1881.

L. S. Nach § 189 des StGB. wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft, wer das Andenken eines Verstorbenen durch Beschimpfung, oder wider besseres Wissen eine unwar-tige Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben in seinem Leben nachteilig zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geeignet gewesen wäre. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe erkannt werden. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Eltern, der Kinder oder des Ehegatten ein.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

(Geburten nur Dienstag, Donnerstag und Samstag.)

Geburten:

17. Juni: dem Gefängniswärter Wilh. Beck e. L., Emilie Katharine.

18. „ dem Kaufmann Karl Ehrmann e. L., Marie Antje Rosa.

18. „ dem Tagl. Ferd. Thumm e. L.

19. „ dem Kellner Laurentius Kriston e. S., Friederich Wilhelm.

19. „ dem Fingerringhilfen Johann Zimmer e. L., Friederich Luise.

20. „ dem Fingerringhilfen Karl Altenbeimer e. L., Martha Johanna.

20. „ dem Kellner Richard Weisker e. L., Elisabeth.

Geschäftliches.

„EIN“

Apollinaris

WELT-TAFELGETRÄNK

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verteiler: M. Schulte vom Brühl.

Verantwortlicher Redakteur für Inhalt und Inhalt: H. Geyerhoff; für Druck, Form und unter, Teil: J. Reiser; für Wiesbadener Nachrichten: J. B. C. Rosacker; für auswärtige Nachrichten, für die Umgebungs- und Grenzgebiete: G. Dieffenbach; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: J. B. C. Rosacker.

Druck und Verlag der B. Schellenberg'schen Hof-Druckerei in Wiesbaden.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Ganz“.
Schalter-Gasse geöffnet von Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Druckerei:

Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52,
Druckerei 2266.
Ruhezeit von Uhr morgens bis 8 Uhr abends.



Zeitung-Preis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frachtgeld. — 2 Pfg. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 6 Postämter, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich die dortigen 55 Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in sonstiger Form; 20 Pfg. in davon abweichender Sachausführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Restanten; 2 Pfg. für auswärtige Restanten. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entfallender Rabatt.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 288.

Wiesbaden, Donnerstag, 24. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

An unsere Post-Abonnenten!

Um die erfahrungsgemäss beim Vierteljahrwechsel eintretenden Störungen im Bezug zu vermeiden, ersuchen wir unsere verehrlichen Post-Abonnenten alsbald die Erneuerung ihres Abonnements herbeiführen zu wollen. Diefelbe kann sowohl bei den Postämtern als auch durch das Bestellpersonal derselben erfolgen.

Verlag des „Wiesbadener Tagblatt“.

Die Stellungnahme der Handelskammer zu Wiesbaden zur Reichsfinanzreform.

Wiesbaden, 21. Juni.

Die Handelskammer zu Wiesbaden hat sich neuerdings wiederum mit der Frage der Reichsfinanzreform beschäftigt und ihre Stellung hierzu wie folgt gekennzeichnet:

Die Handelskammer hat mit wachsender Beunruhigung das Vorgehen der Finanzkommission des Reichstags verfolgt, deren Beschlüsse darauf gerichtet sind, Handel, Gewerbe und Industrie unerträgliche Lasten aufzuladen und in ihrer agrarischen Interessen in einseitigster Weise schützenden Tendenz geeignet erscheinen, das Erwerbsleben zum Schaden des Gesamtwohls aufs ärgste zu gefährden.

Von der Erkenntnis geleitet, daß sich Gewerbe, Handel und Industrie zu neuen Opfern bereit finden, aber auch in der Überzeugung, daß das große Werk der Befundung der Reichsfinanzen nur gedeihlich sich erweisen kann, wenn die neben der Steigerung der Einnahmequellen aus dem Massenverbrauch notwendige stärkere Heranziehung des Besitzes in geordneter Form auf alle bestehenden Schultern gleichmässig verteilt wird, gibt die Handelskammer ihrer Erwartung Ausdruck, daß die Verbündeten Regierungen an der Erweiterung der Erbschaftsbesteuerung, die dieser Forderung am ehesten Rechnung trägt, festhalten; denn auch die neuerdings eingebrachten Vorlagen der Wechselstempel-, Schenk- und Feuerversicherungssteuer können eine solche Besitzsteuer nicht ersetzen.

Mit Befriedigung hat die Handelskammer auch die kraftvolle Kundgebung der gesamten nicht-agrarischen Wirtschaftskreise in Berlin am 12. Juni aufgenommen und die Begründung des „Hanjabundes“ mit Genugtuung begrüßt.

Im übrigen müssen wir nochmals hervorheben, daß die von der Handelskammer zu Wiesbaden in ihrem im Jahresbericht für 1908 zur Finanzreform bereits veröffentlichten Ausführungen sich leider als durchaus zutreffend erwiesen haben. Die Handelskammer Wiesbaden schrieb damals: „Das Liebäugeln mit den sogenannten Grundbesitzern des „königlichen“ Kaufmanns hindert aber die führenden Kreise nicht, vielmehr treibt es sie, gerade dem Handel und Gewerbe überall die schwersten Lasten für den Staat aufzubürden. So nur ist es zu verstehen, daß die Finanzreform im Reich und in Preussen auf eine neue völlige Ausnutzung der Handel- und Gewerbebetreibenden unter Schonung der einer so günstigen Lage sich erfreuenden Landwirtschaft abzielt. Selbst wenn der sich nicht einer solchen Bedeutung erfreuenden Reform der Fernsprech-Gebührenordnung trat diese Tendenz trotz Ablehnung ganz unverhüllt hervor, und der neueste Plan der Schiffabgaben läßt dieselbe aufs neue erkennen. Leider ist keine Aussicht auf Besserung, da das ernste Unternehmertum und seine Aufgaben im Volksleben zu wenig Verständnis bei den Massen und den mit dem Masseninstinkt liebäugelnden, führenden Gewalten in den Parlamenten findet, wie die Handel und Industrie immer mehr einseitigen Vorschriften der Gewerbeordnung, Maßnahmen der Regierungsorgane, Beschlüsse des Reichstags beweisen, und da es hier der Industrie und dem Handel an geeigneten Vertretern fehlt. Die Landwirtschaft ist im Landtag und im Reichstag durch geschlossene Massen von Berufsangehörigen ausreichend vertreten. Diese kennen ihr Wohl klar und wissen ohne viel Reden ihre Interessen zu wahren und in den Parteien zur Geltung zu bringen. Der Gewerbebestand sucht als seine Vertreter im Landtag und Reichstag zu viel unpraktische Angehörige anderer Berufe aus, die sich an vielen Stellen erfreuen, aber unklar über die eigentlichen Bedürfnisse des gewerblichen Unternehmertums sind und daher auch keinen festen Willen haben. Sogar doch unter 395 Mitgliedern des Reichstags nur 20 Kaufleute und 36 Gewerbebetreibende, dagegen etwa 100 Beamte, über 100 Vertreter freier

Berufe und über 100 Landwirte, ferner 19 Priester und 14 Redner. Deshalb erleben wir das stete Bild der unentschlossenen Vielbeschlieberei (siehe Finanzreform), das stete Wechseln übereilter Beschlüsse und Gesetze der gesetzgebenden Körperschaften. Unsere Parlamente sind ja noch zu jung, haben ebenso wie unsere Geheimräte, wie schon wiederholt von uns bedauert, noch eine zu große Freude an dem raschen Beschließen neuer Gesetze. Die Folge ist, wie das Schicksal des Weingetzes es besonders zeigt, eine üble Unfertigkeit der Gesetze, die neuen Unrast in Handel und Gewerbe erzeugt und damit deren Entwicklung hemmt. Uns tut ein weniger redseliges, ausdauerndes, rein äußerlicher Erfolge und Gepränge abholdes, aufrechteres, ein ernsteres und willensfesteres Geschlecht in Amt und Geschäft bitter not.“

Kompromissversuche in letzter Stunde.

L. Berlin, 23. Juni.

Die Bemühungen, noch in letzter Stunde ein Kompromiss zwischen den Konservativen und den Liberalen herzustellen, gehen hauptsächlich von den Freikonserverativen aus. Dies ist begreiflich. Die Freikonserverativen, die ja grundsätzlich keine unversöhnlichen Gegner der Erbschaftsteuer sind, während sie im übrigen doch auf dem Boden der Beschlüsse und Forderungen des konservativ-liberalen Bündnisses stehen, möchten nach beiden Seiten hin retten, was zu retten ist. Sie möchten die Liberalen, wenigstens die National-Liberalen, immer noch für Zugeständnisse in bezug auf die Brautweinsteuer gewinnen, worauf nach ihrer Versicherung die Konservativen bereit wären, zwar nicht die Erbschaftsteuer zu bewilligen, doch aber die Notierungssteuer so umzuarbeiten, daß sie für Handel und Wandel erträglich sein würde. Was alsdann an der Summe noch fehlen würde, die durch Besitzsteuern aufgebracht werden soll, darüber würden nach der Behauptung der freikonserverativen Mittelwänner die Konservativen ebenfalls mit sich reden lassen. Diese Kompromisswünsche haben nun freilich den einen Fehler, der aber auch gerade genügt, daß sie weder auf der Rechten noch auf der Linken ein entsprechendes Echo der Sympathie und der Geneigtheit zum Einlenken in diese Bahnen erwecken. Die Gegensätze sind bereits zu scharf, als daß sie sich noch überbrücken lassen könnten. Jedenfalls kam vor der zweiten Lesung der Steuerentwürfe auf irgendwelche praktische Verwirklichung der Kompromissideen, nicht gerechnet werden. Was zwischen der zweiten und dritten Lesung noch geschehen mag, das freilich wird man erst abwarten müssen. Die Konservativen selber haben mehrfach erklärt, so z. B. erst gestern im Reichstag durch den Mund des Abg. Westarp, daß sie bereit seien, in den Einzelfragen entgegenzukommen, daß sie sachlichen Änderungen ihrer Vorschläge, besonders der Notierungssteuer, nicht entgegen sein würden. Also die Möglichkeit besteht immer noch, daß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung ein Markt des gegenseitigen Abhandeln stabilisiert. So unwahrscheinlich diese Möglichkeit ist, so soll man sie in der allgemeinen Verwirrung der Lage doch nicht unerwähnt lassen. Was die Sozialdemokratie betrifft, so hieß es heute im Reichstag, sie erwarte, daß sich die Regierung irgendwie mit ihr ins Einvernehmen setze. Das ist nun freilich ein Wunsch, von dem man nicht recht weiß, wie er erfüllt werden sollte. Immerhin erhält sich die Annahme, daß die Sozialdemokraten in der morgigen zweiten Lesung der Erbschaftsteuer für die Vorlage stimmen und ihr so zur Mehrheit verhelfen werden, worauf dann eben die Situation eintreten würde, die an dieser Stelle schon in der Morgen-Ausgabe mit all ihren möglichen Konsequenzen geschildert worden ist. Immerhin noch gehört trotz des entschiedenen Eintretens der Verbündeten Regierungen für die Erbschaftsteuer und gegen die Notierungssteuer die Möglichkeit, daß der Bundesrat zuletzt die 500 Millionen in der vom Antiklok angebotenen Gestalt annimmt, zu den Momenten, mit denen gerechnet werden muß.

„Vorfreude.“

In einer „Vorfreude“ betitelten offiziellen Berliner Zeitschrift der Süddeutschen Reichs-Korrespondenz wird u. a. ausgeführt: Die „Cölnische Volkszeitung“ hat in leicht erkennbarer Absicht dem Reichskanzler nachreden wollen, er sei nach seiner letzten Erklärung vor dem Reichstag ein Gefangener der Liberalen. Das ist bloße Tendenz-macherei. Fürst Bismarck hat deutlich genug ausgesprochen, daß er sich seiner einzelnen Fraktion unterordnet, und ebenso deutlich hat er die Mehrheit bezeichnet, der er sich nicht beugen wird. Es wäre eine Mehrheit aus Voten, Zentrum und Konservativen, die in der Frage der Reichsfinanzreform die Liberalen niederstimmen würden. Mit einer solchen Mehrheit gegen den Liberalismus die Parlamentsgeschäfte zu führen, ist Fürst Bismarck außerstande. Das müsse ein anderer Reichskanzler versuchen.

Konservative gegen die Notierungssteuer.

Von den Mitgliedern der konservativen Reichstagsfraktion haben Giese (der Abgeordnete für Oschatz-Grinna) und der Fürst zu Hohenlohe-Dehringen (der Abgeordnete für Kreuzburg-Rosenberg) gegen die Notierungssteuer gestimmt.

Sechs Bismarck-Worte,

die zur Stunde passen, obgleich sie zum Teil schon sehr alten Datums sind:

In unseren Fraktionen ist der eigentliche Krisis-faktionspunkt nicht ein Programm, sondern eine Person, ein parlamentarischer Condoitiere.

Nach meinen Erfahrungen ist die Abhängigkeit der konservativen Fraktionen von dem Gebote ihrer Leitung mindestens ebenso stark, vielleicht stärker als auf der äussersten Linken.

Soweit die Parteien sich nicht lediglich nach wirtschaftlichen Interessen gruppieren, kämpfen sie im Interesse der rivalisierenden Führer der Fraktionen und nach deren persönlichem Willen und Strebertum.

Die im Zentrum vereinten Kräfte... sind an sich staatsfeindlich, auch wenn die Flagge der Katholizität aufhört, sie zu bedecken.

Die Führung des Zentrums kann ich nicht eine unfähige nennen, aber sie ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaiserthum, und akzeptiert in Wahlen und Abstimmungen den Beistand jeder in gleicher Richtung wirkenden Fraktion.

Wir ist der Eindruck verblieben, daß jede unserer Fraktionen ihre Politik betreibt, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze und auf das Ausland.

Die Annahme der Wertzuwachssteuer.

△ Berlin, 23. Juni.

Bei der Beratung der verschiedenen Kommissionssteuerentwürfe zeigt sich sehr deutlich der große Mangel, daß kein parlamentarisches Reglement besteht. Daß Kommissionen Gesetze ausarbeiten, ist eigentlich ein Un Ding. Sie haben gar nicht das Material und die Übersicht. Dazu ist im allgemeinen die Regierung da. Gätten wir ein parlamentarisches Reglement, so hätte das Ministerium Bülows zurücktreten müssen. Eine neue Regierung hätte die Vorlagen ausarbeiten müssen, die die Kommissionsmehrheit wünschte. Die neue Mehrheit trüge dann auch im Einklang mit der Regierung die Verantwortung.

So hat die Kommission selbst Gesetze ausgearbeitet, die natürlich äußerst mangelhaft sind. Aber die Verantwortung trägt schließlich die Regierung, die wenn auch mit einigen Änderungen nach der dritten Lesung die Gesetze annehmen muß. Es bleibt ihr kaum etwas anderes übrig. Bei der heutigen Beratung der Wertzuwachssteuer hatte die neue Mehrheit durch den Grafen Westarp die Kommissionsbeschlüsse zum großen Teil abändern lassen. Doch die neue Leistung war nicht viel besser als die alte. Vieles ist einfach nicht zu verstehen. Dabei ist ein Deutsch verwendet, das z. B. Ausdrücke enthält wie „eingekind-schaftet“. Vieles an der neuen Vorlage ist von der Wertzuwachssteuerordnung der Stadt Cöln abgeschrieben worden. Aber was für eine Stadt paßt, trifft noch längst nicht für das Reich zu. Von der Linken wurde denn auch die starbchen Wiesnied-arbeit gehörig aufgemischt. Die Nationalliberalen beteiligten sich gar nicht an der Debatte, sondern gaben nur die Erklärung ab, daß sie zwar an sich Freunde der Steuer wären, daß aber im gegebenen Moment die Vorarbeiten für diese Steuer nicht ausreichten. Die Regierung wie auch die Freisinnigen und die Sozialdemokraten stellten sich ebenso, nur daß sie die Mängel im einzelnen nachzuweisen suchten. Dabei kam es oft zu sehr heiteren Szenen, wenn einzelne Ungeschicklichkeiten in der Fassung der Paragraphen ins rechte Licht gestellt werden. Dabei zeigten sich die Konservativen zuweilen recht bescheiden, da sie sich damit begnügten, daß sie einzelnes gut abgeschrieben hätten. Im Notfall ändern wir das Gesetz in ein paar Tagen wieder, war der letzte Trost. Natürlich sind die ländlichen Gemeinden bei der Steuer wieder besonders bevorzugt. Ohne solche Klauseln werden in Deutschland überhaupt kaum noch Gesetze gemacht. Im ganzen ging die Debatte ziemlich flott. Die Hauptsache war abstimmen.

Morgen kommt die Erbschaftsteuer vor. Lage dran. Die Sozialdemokratie hat beschlossen, dafür zu stimmen in zweiter Lesung. Und zwar weil sie zeigen will, daß sie nicht nur opponieren und kritisieren sondern auch positive Arbeit leisten kann. Selbst auch in bürgerlichen Kreisen hat dieser Beschluß sehr überrascht, denn die Erbschaftsteuer ist ja sehr dürftig geworden, so daß die „Frankfurter Zeitung“ erklärt hat, nicht einmal die Freisinnigen dürften dafür stimmen (eigentlich). Die Sozialdemokratie will mit den Liberalen möglichst Stange halten und den Beweis liefern, daß sie unter Umständen die große Linke von Bebel bis Wassermann mit-schaffen helfen kann. Doch ist leicht möglich, daß die

Radikalen innerhalb der Partei morgen durch Abwesenheit glänzen werden.

Jedenfalls erheben, auch wenn die Erbschaftsteuer durchgehen sollte, sich für die gesamte Reform neue Schwierigkeiten, denn die rechte Seite des Hauses ist entschlossen, dann jedenfalls ein Antagonismus zu beantragen, um eine Abstimmung über das Ganze zu erzielen. Die Sozialdemokraten müssen dann natürlich die Gesamtvorlage ablehnen. Bei der dritten Lesung gibt es in jedem Falle noch Verhandlungen herüber und hinüber. Wie die Dinge sich jetzt entwickeln, könnten sehr gut mehr als 500 Millionen Steuern angenommen werden, da die Rechte sehr fingerfertig im Steuerlichen gewesen ist. Man hat dann die Möglichkeit, noch diese oder jene Steuer fallen zu lassen. Daß an eine Reichstags-Auflösung nicht zu denken ist, kann ich aus allerbesten Quelle bestätigen.

Eine „Komödie“.

Zur Annahme der Wertzuwachssteuer auf Immobilien schreibt die „Frankf. Ztg.“: Nachgerade wird die Gesezmacherei der neuen Mehrheit, die wieder einmal aus dem Zentrum und der gesamten Rechten bestand, eine Komödie. Unter der patriotisch klingenden Parole: Wir wollen unter allen Umständen etwas zustande bringen, beschließt diese Mehrheit auf die Neben einiger Führer, wie des Grafen Westarp, die Gesezgebung, die den meisten von ihnen, wie sie selbst zugehen, nicht klar sind und die nach ihren eigenen Worten einen Sprung ins Dunkle bedeuten, und sie beschließen sie, nur um eine positive Leistung vorzutauschen, in dem vollständigen Bewußtsein, daß der Bundesrat gar nicht zustimmen kann.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der Morgen-Ausgabe.) — Berlin, 23. Juni.

Staatssekretär Sydow schließt seine im Morgenblatt bereits drahtlich im Auszug mitgeteilten Darlegungen über den Regierungsstandpunkt zur Wertzuwachssteuer

wie folgt: Ich bin in der Lage, im Namen der Verbündeten Regierungen im großen und ganzen die prinzipiellen Bedenken etwas mehr zurück zu stellen als zu Anfang, und nur die Frage, ob augenblicklich schon der Zeitpunkt auch für die Vorlegung eines Gesezes gekommen ist, schärfer zu betonen. Es kommt darauf an, die Interessen von Reich und Gemeinden zu vereinigen. An Erfahrungen lag uns aber im wesentlichen nur das Material der großen Städte vor, und das weicht außerordentlich voneinander ab. Fast ganz fehlt eine Erfahrung für das flache Land.

Besondere Bedenken haben die Bestimmungen über die Beteiligung der Gemeinden. Neben der Hälfte der Reichsteuer muß ihnen auch die Freiheit der eigenen Besteuerung verbleiben, dann aber ist der Anteil an der Reichsteuer zu hoch. Mit Zuschlägen ist ihnen nicht gedient, weil sie besondere Leistungen für einzelne Ortsteile usw. berücksichtigen müssen. Der Schatzsekretär erwähnt noch eine Reihe anderer Bedenken und legt dar, weshalb man über die Schätzung über die Ertragsberechnung in der Denkschrift nicht hinausgehen könne. Wenn die Verbündeten Regierungen an die Ausarbeitung eines Gesezes herantreten werden, so ist das nicht eine Verbeugung vor der Strömung dieses Hauses. Aber dann werden wir Sachverständige hören, die Kommunen und Theoretiker, und einen Entwurf der öffentlichen Kritik unterbreiten. Andernfalls besteht die Gefahr, daß man durch ein übereiltes Eingreifen von Seiten des Reiches Grundfäße aufstellt, die die gesunde Fortentwicklung der Frage in den Gemeinden hemmen, statt sie zu fördern.

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Das neue Biebrich.

Originalartikel für das „Wiesbadener Tagblatt“ zum Hessisch-Rassauischen Städtetag.

Von Ludwig Anders.

In dem blühenden Kranze reicher Gemeinden, der Wiesbaden umgürtet, nimmt Biebrich eine besondere Stelle ein. Ist es doch nicht nur unser Vorort, sondern auch jener, der die anmutigen, heiteren Reize einer Villenstadt mit dem Ernst eines Industrieparkes verbindet. Der Fremde, der flüchtigen Fußes die Stadt durchwandert, wird sich dieses Gegenstandes kaum bewußt werden. Vielleicht wird er ihn gar nicht bemerken, denn wenn Dampfgeschiff oder Straßenbahn an die Eingangsporten der Stadt — den Landungsplatz oder die Mosbacher Brücke — führen, der nimmt meist seinen Weg durch den Schloßpark und lernt von Biebrich nur kennen, was fremd und erst durch all das Reggetwir der Wälder in die vertraute friedliche Einsamkeit der Parkwege blickt: schlichte Häuschen aus der Väter Tagen, denen ein labendelbäutiges, biedermeierliches Heimatempsind anhaftet. Dazwischen hat sich ganz gelegentlich der ungefüge Klotz eines neuzeitlichen Miethauses verirrt. Und das steht nun da mit seiner lahnen Fassade und schaut griesgrämig auf all die bemoosten Ästen rund umher — ein Fremdling, der nicht heimisch werden kann. An anderer Stelle steigt weiß und gertenschlank das dünne Gemäuer einer Fabrikseite über den Ball grüner Baumkronen. Hoch und fern wächst sie in das Blickfeld der stürmischen Märchenpracht des Parkweihers hinein. Eine fremde Wesenheit, die mit dem harten Zug ihrer Linien stört und schmerzhaft unsere weiche Seelenstimmung belastet. Und diese flüchtigen Eindrücke stehen am Beginn und Ende des Vorstellungsbildes, das aus der Unrast eines Wandertages eine frühe Erinnerung von der Stadt Biebrich in das Bewußtsein zaubert. Wenig mehr als ein rasch vorübergleitender, nie klar gesehener Schatten, der im zukünftigen Erinnern mit bizarren Formen wirklichkeitsferne Gedanken ausstößt.

Abg. Dr. Sieber (natl.) gibt für seine Fraktion folgende Erklärung ab: Obwohl wir den Wertzuwachs am Boden in Stadt und Land als geeignete Steuerquelle betrachten, so sind wir doch nicht in der Lage, dem Kommissionsantrage auf sofortige Einführung einer Reichswertzuwachssteuer zuzustimmen. Einmal erkliden wir, im Einklang mit der Denkschrift der Regierung, in einer Wertzuwachssteuer einen besonders geeigneten Weg zum Ausbau der Gemeindefinanzen. Sodann halten wir die Ausdehnung dieser Steuer auf das Reich in diesem Augenblick für verfrüht, da sichere Grundlagen für einheitliche Veranlagung und Erhebung unstrittig noch nicht gewonnen sind. Endlich vermögen wir, schon wegen der unzureichenden und schwankenden Höhe des zu erwartenden Ertrages, in dieser Steuer einen Ersatz für eine allgemeine Besitzsteuer nicht zu erkennen. Eine allgemeine Besitzsteuer finden wir nach wie vor nur in der Erbschaftsteuer.

Solange daher die Annahme der letzteren nicht gesichert erscheint, sind wir nicht in der Lage, dem Kommissionsvorschlag einer Reichswertzuwachssteuer zuzustimmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Jaeger (Zentr.): Zarie Rücksichten auf die Gemeinden braucht man nicht zu nehmen. Erst etwa 200 Gemeinden haben sich, und meist erst nach schweren Kämpfen, zu dieser Steuer entschlossen, und vielfach gerade die größten denken noch gar nicht daran. Diese Steuer wird einen wohlthätigen Druck ausüben, auch auf die Sparfamkeit in den Gemeinden.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Prinzipiell treten wir für eine Reichswertzuwachssteuer ein. Für die Erfassung des Wertzuwachses der ländlichen Grundstücke bietet der Antrag Westarp nicht die geeignete Handhabe. Die Regierung hat ein Gesez versprochen; augenblicklich hat es keine Eile; wir lehnen es ab.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Volksh.): gibt namens der Linkenliberalen folgende Erklärung ab: Wir sind keine prinzipiellen Gegner einer solchen Steuer, sind auch bereit, sie als Reichsteuer zu akzeptieren, wenn und soweit sie praktisch durchführbar und mit den berechtigten Interessen der Gemeinden zu vereinbaren ist. Die einheitliche Regelung wird aber äußerst schwierig sein. Dazu kommen die schwankenden und schwer einzuschätzenden Ertragsnisse. Der Entwurf der Kommission hat die Behebung dieser großen Schwierigkeiten nicht einmal ernstlich versucht; seine Ausführung muß mit den größten Schädigungen der Gemeinden verbunden sein. Daher lehnen wir diesen Entwurf ab und sehen dem weiteren Vorgehen der Regierung entgegen.

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.): Als ich vor ein paar Jahren die Reichswertzuwachssteuer vorschlug, wurde es mit Heiterkeit aufgenommen. Warum sollen wir den Versuch nicht wagen? Wir können ja in ein paar Jahren die Sache wieder abändern.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir können den Sprung ins Dunkle ruhig wagen. Warten wir noch ein paar Jahre, so entfesseln wir eine ungeheure Spekulation.

Abg. Frhr. v. Camp (Npt.): Abereilen dürfen wir uns nicht. Wir hoffen, daß bis zur dritten Lesung eine Einigung zwischen den Parteien zustande kommt, und werden heute für die Vorlage eintreten.

Damit schließt die Diskussion. Der grundlegende § 1 wird in der Fassung des Antrages Westarp gegen die Linke angenommen.

§ 2 richtet sich gegen die Umgehungspraxis, die Anstellungen, die weiter übertragen werden, das Einbringen in Gesellschaften usw.

Abg. Cuno (freis. Vpt.) zeigt an einem Beispiel die ganze Ungeheuerlichkeit des Entwurfs.

Wegen der Freilassung der Erbgänge von der Steuer müßte bei starker Wertsteigerung eines Grundstücks der Besitzer ein Gefel sein, wenn er sein Grundstück verkaufen würde,

um sein Vermögen leichter unter seine Kinder teilen zu können, denn wartet er bis zu seinem Tode, so wird der ganze Zuwachs von der Steuer frei.

Man muß den Herren von der Rechten einmal das Mäntelchen herunterreißen, das sie sich umgehängt haben. Was Sie hier vorschlagen, ist keine Besitzsteuer, das ist eine Steuer, die verabsichtigt, die Erben zu schonen. Diese Steuer ist würdig der Leute, die die Erbschaftsteuer ablehnen. (Lebhafter Beifall links; Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich kann mich der Verwahrung gegen die hier beliebte Gesezmacherei vollinhaltlich anschließen.

Ich behaupte, daß selbst von den Freunden des Grafen Westarp noch nicht ein Drittel über die Bestimmungen, die hier beraten werden, im klaren sind.

(Stürmischer Widerspruch rechts.) Diese Gesezmacherei ist erfolgt unter gleichzeitiger Unterschlagung einer bestimmungsgemäß vorgesehenen Lesung. Erst vor drei Minuten haben Sie ihre Vorschläge wieder geändert. Das macht jedem Beteiligten unmöglich, die Tragweite der Vorschläge bis in ihre letzte Konsequenz auszubedenken. Eine solche Gesezmacherei ist des Reichstags unwürdig. (Lebhafter Beifall links; stürmischer Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Roefide (kons.): Die Herren von der Linken hätten ja dafür sorgen können, daß das Gesez eine annehmbare Form erhält. Sie haben ihrer alten Gewohnheit entsprechend hier immer nur kritisiert, aber nichts Positives geleistet. Weichen Sie nur bei dieser alten Tradition.

Wir werden unseren Weg vorwärts finden, auch ohne Sie. Es gibt kein Gesez, das eine schwierige Materie behandelt, das nicht im Laufe der Praxis Änderungen erfahren muß. So wird es auch bei diesem Gesez sein. So war es beispielsweise auch bei den sozialpolitischen Gesezen. Damals wurde sogar vom Regierungsrat ausdrücklich hervorgehoben, daß es ein Sprung ins Dunkle sei, der da gemacht werde, daß dieser Sprung aber gemacht werden müsse. (Lebhafter Beifall rechts.)

§ 2 wird mit den Abänderungsanträgen des Grafen Westarp angenommen.

Es folgt die Beratung des § 3.

Abg. Graf Westarp (kons.) begründet einen Abänderungsantrag zu diesem Paragraphen. Der Paragraph stellt als Hauptgrundsatz hin, daß die Eintragung im Grundbuch für das Eintreten der Steuerpflicht maßgebend ist, daß aber da, wo eine solche Eintragung nicht stattfindet, auch schon die rechtliche Beurteilung der Veräußerungsgeschäfte die Steuerpflicht begründet. Wir bedauern es, daß die Linke sich an der Verbesserung dieser Vorschläge nicht beteiligt. Sie setzt sich damit selbst ins Unrecht, daß sie ihre Mitarbeit verweigert, obwohl sie ja erklärt hat, im Prinzip mit der Reichswertzuwachssteuer einverstanden zu sein.

Abg. Gohela: Die Herren Roefide und Graf Westarp haben von der positiven Arbeit gesprochen, die sie hier leisten. Diese positive Arbeit bestand größtenteils im positiven Abschreiben.

(Stürmische Zustimmung links; lebhafter Widerspruch rechts.) Wir wünschten nur, Sie hätten etwas besser abgeschreiben, denn es ist Ihnen dabei noch mancher Irrtum unterlaufen. Wir haben unsere Mitarbeit an dieser Art der Gesezmacherei verweigert, weil wir der Meinung sind, daß derartige schwierige Gesezmaterien nicht ohne entsprechende Vorarbeiten in einer Sitzung erledigt werden können. Wenn Sie meinen, daß jedes Gesez anfangs unvollkommen ist und man damit erst Erfahrungen machen muß, so sind das zunächst die Erfahrungen, die man nicht zu machen wünschte. Die ganze Art und Weise, wie Sie die Geseze machen, scheint nach dem Prinzip zu erfolgen: Macht nur Geseze, so unvollkommen sie auch sein mögen, wenn sie sich als unbrauchbar erweisen, können wir sie ja wieder aufheben. Soweit sind Sie glücklich ge-

Zuweilen geht einer durch die Stadt. Ein Neugieriger, dessen Vorwitz ein fremdes Erlebnis sucht. Mit offenem Auge und empfängnisbereiten Sinnen erhofft er sich ein Schwelgen in historischen Überlieferungen, denn aus den Schulstunden seiner frohen Kinderzeit klingt die dämmerige Kunde von fränkischen Königshöfen und nassauischen Fürstenthümlichkeit in seinen Gedanken wider. Vielleicht hat der Fremdling eine Nieblische Geschichte gelesen, in der das alte Biebrich mit seiner ehrsamem großväterlichen Stadtgewandung in spießbürgerlicher Verdaunungsstimmung so behaglich und anziehend gemalt wird. Doch die suchenden Blicke stoßen überall auf Enttäuschungen. Die Vergangenheit ist tot für Biebrich; sie hat sich ängstlich in die dunkelsten Winkel des alten Schlosses geflüchtet, nistet im Euseuphich, der das bröckelnde Gemäuer die umzieht und träumt hinter den verschlossenen Fenstern in einem Dornröschenschlaf von fernem, längst verfunkenen, nimmer wiederkehrenden Tagen. Und der Prinz, der diese Mauern mit neuem Leben einst erfüllen wird, wird vielleicht einmal trotz der Buchstabenweisheit veräußelter Geseze ein Hoteldirektor im Dienste einer A.-G. sein.

Das heutige Biebrich überwuchert das Biebrich von gestern. In geraden, gut gehaltenen Straßen herrscht der mehrstöckige Zinsbau vor und macht den vormärzlichen ländlich-biedermeierischen Hausidyllen ein Ende. Der Boden ist kostspielig geworden, seit im Sommer 1866 die Herzogsfamilie flüchtend von dannen zog. Mit der residenzlichen Behäbigkeit und Stille, die ein Fürstenthumswort gegen den Ansturm der neuen industriellen Zeit wider alle Naturnotwendigkeit für die Stadt erzog, war es damit vorüber, und wo einst das holperige grasüberwucherte Kaptenkopfpflaster zarte Hofmäden im eleganten gutgefederten Wagen von einer Seite nach der anderen fallen ließ, da rollt jetzt das schwerste Fuhrwerk über Holzpflaster oder Asphalt geräuschlos die Straße entlang. Darin prägt sich die ungeheure Wandlung, die Biebrich in wenig mehr als vierzig Jahren durchgemacht, sehr scharf aus. Das Straßenpflaster ist eben auch ein Kulturmerkmal. Nur die Wiesbadener Straße längs des Parkes scheint sich von den alten Zeiten nicht trennen zu wollen. Harnäckig hält sie fest an den überkommenen Formen und versteht sogar die Gaslaternen ärgerlich unter dem schweren, biastichattenden Geäst uralter

Kastanien — gerade als schämte sie sich dieser modernen Errungenschaften. Der Spekulant scheint die StraÙe ver-gessen zu haben — oder sollte ihn eine scheue Ehrfurcht vor der stillen Würde und dem behäbigen Frieden ihrer behaglichen Häuslein Zurückhaltung auferlegen? Wie dem auch sei: Hier kann man noch leidlich studieren, wie es einst in Biebrich beschaffen war — ehe mit Dampfbahn, Aufstellung des Vorkholder Hofes und benachbarten Geländes die neue Entwicklung einsetzte.

Das sind so fünfzehn, zwanzig Jahre her. Industriell war vorläufig nichts mehr zu erreichen. Die großen Fabriken hatte landesfürstliche Kurzsichtigkeit leider auf das heßliche Gebiet gejagt, wo sie dicht an der Grenze ihre läbten Düste bei jedem Ostwind trotzdem nach Biebrich sandten. Dafür wurde die Gemeinde mit der finanziellen Sorge um Tausende unbemittelter Familien belastet, deren fröhlich gedeihende unübersehbare Kinderchören den Schul-etat und damit die städtischen Finanzen bald in das Gedränge brachten. Da hieß es, neue Entwicklungsmöglichkeiten suchen, und sie wurden im engeren Anschluß nach Wiesbaden gefunden. Der jetzige Oberbürgermeister Vogt hat dieses Programm frühzeitig vertreten. Doch auch vor ihm schon machten sich gleichartige Tendenzen geltend, die seinen Absichten und Zielen den Weg bahnten. So sehen wir die Stadt auf dem erschlossenen Gelände sich allmählich gegen Wiesbaden ausdehnen. Neue Straßenzüge schließen sich den alten an, schieben sich nach verschiedenen Seiten wie riesige Föhler in das Feld, und rascher, als es dem gewöhnlichen Sinne eines Teils der Bürgerschaft wünschenswert schien, erhält die Stadt einen vorortlichen Charakter, den tausendfältige Beziehungen der verschiedensten Natur zu dem benachbarten, mit riesenhafter Schnelle wachsenden großen Gemeinwesen stabilisieren.

Damit wurden der zukünftigen Entwicklung bestimmte Geseze gegeben, die rechtzeitig in ihrem vollen Umfange erkannt zu haben mit das wesentlichste Verdienst des antretenden Oberbürgermeisters ist: haultliche Angleberung an Wiesbaden, dessen Villen-Vorort Biebrich werden soll, heißt fortan der wichtige Punkt im kommunalen Programm, doch unter völliger Wahrung der eigenen Selbstständigkeit. Wie lange? Diese Frage ist keineswegs müßig, denn die Verschmelzung beider Städte erscheint als unab-

...men. ... sagt wurd ... daß die ... (Stürmische ...) Das ... übernde L ... herr, verz ... (Stürmische ...) Bizepr ... heuer dar ... bit des R ... (Stürmische ...) Abg. G ... Sie ... halten wo ... I des M ... (Stürmische ...) Beurkund ... durch ist ein ... Ich ka ... übertragun ... die Übertr ... Gegenstand ... (Stürmische ...) Abg. I ... arbeitet h ... Monaten n ... den wir na ... und würde ... streite dem ... mit a b z u ... Unter leide ... was zu ... Abg. G ... weisung de ... (Stürmische ...) Abg. D ... auskommen ... Der K ... wird gegen ... fassung de ... (Stürmische ...) Abg. C ... Steuer nic ... r ä g e n ... eingelind ... durch la ... nzte Gru ... tragen wer ... Abg. G ... (Stürmische ...) (Stürmische ...) and vor ein ... Abg. G ... Freilassung ... a l e von ... Gegenstand ... mit einer ... Abg. I ... n d e r e n ... Der § ... befreit sind ... der Fiskal ... gemeinnütz ... Abg. C ... einer ande ... daß man si ... ist. Wenn ... zum Beisp ... Stempel, u ... bleiben sie ... Abg. C ... Paragraph ... weisbare ... räden wir ... die Stadt ... modernes ... lockende ... baden auf ... Die S ... oft völlig ... Strafen, ... müßternen ... es machen ... Tendenzen ... front der ... Vereins ... neue Neal ... gesellschaft ... Häusern ... einigen at ... tagt am ... als ein ge ... embor und ... auf der S ... Auf d ... die Wiesb ... Teil von ... Gelände d ... Arbeit wo ... baut wor ... telle entfi ... mer noch ... magere G ... der Biebr ... bärer wer ... fen. Mit ... schließung ... bau der ... vorangehe ... vorstadt i ... sehr geför ... Wagner-

kommen. Ich kann nur wiederholen, was heute hier schon gesagt wurde, daß die große Mehrheit der Richter gar nicht weiß, was sie eigentlich beschließt.

(Stürmischer Widerspruch rechts; lebhafter Entrüstungs- ruf.) Das ist der einzige Grund, weshalb man Ihnen über die Umstände zugesehen darf. Man kann nur sagen: Herr, verzeihe Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie tun.

(Stürmischer Beifall links; lebhafter Widerspruch rechts.) Vizepräsident Dr. Pasche: Ich möchte den Herren Redner darauf aufmerksam machen, daß gegenüber der Mehrheit des Reichstags eine andere Sprache angezeigt wäre. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Cuno (freif. Vpt.): Die Kommissionsvorschlüge, die Sie selbst gemacht haben, sind nicht einmal aufrecht erhalten worden. Sie haben wieder neue unterbreitet. Der § 1 des neuen Gesetzes ist einfach dadurch hergestellt worden, daß aus dem Stempelsteuergesetz die wichtigsten Worte weggelassen worden sind. Daraus ist ein Wortlaut entstanden, der

eine juristische Ungeheuerlichkeit ist. Ich kann mir wohl vorstellen, daß ein Kaufvertrag Übertragung von Eigentum zum Gegenstand hat, aber daß die Übertragung von Eigentum einen Kaufvertrag zum Gegenstand hat, das habe ich denn doch noch nicht gehört. (Stürmisches, minutenlanges Lachen links.)

Abg. Dr. Roefide (konf.): Wenn wir so gründlich gearbeitet hätten, wie die Herren von der Linken, die in sieben Monaten nicht das geringste zustande brachten, dann wären wir noch ein paar Jahre hier zusammensitzen können und würden dann erst keine Finanzreform erreichen. Ich bestreite den Herren von der Linken die Fähigkeit, etwas gut abzuschreiben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Unser leitender Gesichtspunkt war, daß im wesentlichen etwas zustande kommt. (Stürmisches Gelächter links.)

Abg. Cuno (freif. Vpt.): Ich beantrage Zurückverweisung des ganzen Artikels an die Kommission. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Roefide (konf.): Das Resultat, das dabei herauskommen würde, würde dasselbe sein wie das vorliegende. Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wird gegen die Linke abgelehnt. Der § 3 wird in der Fassung des Antrages Westarp angenommen.

Beim § 7 fordert ein Antrag Graf Westarp, daß die Steuer nicht erhoben wird bei Überlassungen von Erben zwischen Eltern und Kindern, auch „eingelinkelter“, sowie deren Abkömmlingen, sofern dadurch land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich benutzte Grundstücke zur Fortsetzung dieser Nutzung übertragen werden.

Abg. Cuno (freif. Vpt.): Auch hier ist wieder das Verhalten, die Großgrundbesitzer zu bevorzugen und vor einer Besteuerung zu schützen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Es handelt sich hier um die Freilassung von Grundstücken beim Übergang im Erb- fall von den Eltern auf die Abkömmlinge. Das ist ein Gegenstand der Erbschaftsteuer. Dieses Gesetz hat aber mit einer Erbschaftsteuer nichts zu tun.

Abg. Dr. Siebelum (Soz.): Also immer sollen die Erben zahlen. Wenn sie nur Vorteile dabei haben. Der § 7a bestimmt, daß von der Entrichtung der Steuer befreit sind der Landesherr und die Landesfürstin, der Pfalz, alle öffentlichen Anstalten, deutsche Kirchen, gemeinnützige Gesellschaften usw.

Abg. Cuno (freif. Vpt.): Auch dieser Paragraph ist aus einer anderen Steuerordnung abgeschrieben worden, ohne daß man sich über die Bedeutung der Sache klar geworden ist. Wenn die Kirchen und gemeinnützigen Gesellschaften zum Beispiel Anläufe machen, so trägt der Veräußerer den Stempel, wenn sie selbst aber Spekulationen machen, dann bleiben sie frei.

Abg. Graf Westarp (konf.): Ich bitte Sie trotzdem, den Paragraphen anzunehmen.

widbare Notwendigkeit, die eines Tages in greifbare Nähe rücken wird. Aber noch ist es nicht so weit. Indessen ist die Stadtverwaltung besorgt, aus Viebrich ein durchaus modernes Gemeinwesen zu machen, das zwar als verlockende, aber keineswegs billige Frucht bereits in Wiesbaden ausgehen wird.

Die Stadt hat ihren ländlich-residenziellen Charakter fast völlig verloren. Moderne Bauten säumen die breiten Straßen, deren monotone Anlage im Verein mit den nächstern Hausfronten keine erfreulichen Bilder zeigt. Doch es machen sich hier und da, beeinflusst durch neuere Tendenzen, Ansätze zum Besseren geltend. Die einheitliche Front der Häuser in der Wilhelmstraße, die Gebäude des Vereins Volkswohl, das städtische Elektrizitätswerk, das neue Realprogymnasium und das Vereinhaus der Turngesellschaft an der Wiesbadener Straße sind nebst einigen Häusern der Kaiserstraße schätzenswerte Bauwerke von eigenem architektonischen und künstlerischen Reiz. Daneben trat am Rhein die evangelische Oranier-Gedächtnisstraße als ein ganz hervorragendes Werk modernen Kirchenbaues empor und bildet mit dem schlanen, gefälligen Wasserturm auf der Höhe die weithin sichtbaren Wahrzeichen der Stadt.

Auf dem Abhang und dem Rücken der Bodenschwelle, die Wiesbaden von Viebrich trennt, liegt ein wesentlicher Teil von dessen Zukunft. In den letzten Jahren ist das Gelände der landhausmäßigen Bebauung nach einem Plan des Stadtbaurats Ziel erschlossen und sofort so stark bebaut worden, daß eilige Bauquartiere schon völlig ausgefüllt sind und damit auf der Höhe ganz neue Stadtteile entstanden sind. Hier findet der ruhebedürftige Rentner noch Baugrund und Landhäuser zu einem auch für magere Geldbeutel erschwinglichen Preis, und damit hat der Viebricher Magistrat einem in Wiesbaden immer häufiger werdenden Bedürfnis, teilweise wenigstens, abgeholfen. Mit geeigneten Maßnahmen, unter denen die Erschließung der Bauquartiere durch den vollständigen Ausbau der Straße — dem oft erhebliche Bodenbewegungen vorausgehen — wird die Entwicklung Viebrichs als Villen- vorstadt in vorbildlicher Weise zum Schaden Wiesbadens sehr gefördert, während gleichzeitig die Anlage des Richard-Wagner-Viertels im Gartensiedlungscharakter mit großer Fest-

§ 12, der 1/2prozentige Stempel der Fideikommiss, wird auf Antrag des Grafen Westarp gestrichen, da dieser Stempel heute in der Kommission in den Regierungsentwurf über den Umsatzstempel aufgenommen worden ist. Nach Erledigung der Wertzuwachssteuer verlagte sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr: Erbschaftsteuer. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung des Sachberichts in der Morgen-Ausgabe. — Berlin, 23. Juni.

Im weiteren Verlauf der Sitzung folgte die Beratung zweier Anträge Hirsch-Berlin (Soz.) und Schmedding (Zentr.), betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Die Gemeindefiskalmission fordert einen Gesetzentwurf, nach dem nicht jede auf Grund preussischer Gesetze gewährte Unterstützung eine Einwirkung auf öffentliche Rechte hat.

Nachdem die Abg. Freiherr v. Eynatten (Zentr.) und Eckert (freikons.) den Kommissionsantrag beantwortet, wird dieser angenommen.

Bei Beratung der Denkschrift über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter bemängelt

Abg. Rosenow (freif. Volksp.), daß aus diesen Fonds häufig bestimmungswidrig luxuriöse große Wohnungen mit 6 bis 7 Zimmern gebaut werden.

Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen. Es werden dann noch einige unwesentliche Petitionen erledigt.

Das Haus verlagte sich. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: Stempelsteuernovelle, Vergesetznovelle, Initiativanträge und Petitionen. — Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

— Berlin, 23. Juni.

Am Ministertisch: Bessler, v. Breitenbach. Präsident Freiherr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfs über

die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten

bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Die Justizkommission hat an der Fassung des Abgeordnetenhauses die Abänderung vorgenommen, daß auch für die Lehrer und Lehrerinnen der Staat haften soll, nicht, wie das Abgeordnetenhaus nach der Regierungsvorlage beschlossen hatte, der Schulverband.

Justizminister Bessler erklärt die Beschlüsse der Herrenhauskommission für die Staatsregierung für unannehmbar und bittet, die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, die das allein Richtige getroffen habe. Die Regierung ist ihrerseits bereit, Leistungsschwachen Schulverbänden Zuschüsse zu gewähren.

Dr. v. Plehwe begründet einen Antrag, die Regierungsvorlage in § 5 wiederherzustellen, also die Haftpflicht für Amtspflichtverletzungen von Lehrpersonen den Schulverbänden auszuwerfen mit der Maßnahme, daß der Staat unvermögenden Schulverbänden die Mittel zur Leistung des Schadenersatzes für Amtspflichtverletzungen dieser Lehrpersonen gewähren soll.

Oberbürgermeister Nieve-Halle: Die Vorlage entbehrt jeder Konsequenz. Das Abgeordnetenhaus hat nur Inkonsequenzen in die Vorlage hineingebracht, insbesondere gilt das von der Stellung der Lehrer.

Ist der Lehrer Gemeindebeamter oder ist er unmittelbarer Staatsbeamter?

Verhandelt wird er jedenfalls vom Staat als unmittelbarer Staatsbeamter. Aber inkonsequent ist es doch, den Lehrer

als Staatsbeamten zu behandeln und dann die Haftung für die Amtspflichtverletzungen nicht auf den Staat zu übernehmen. Für die Kommunen ist der Geldpunkt nicht ausschlaggebend, aber sie müssen sich dagegen wehren, daß ihnen täglich mehr und mehr Rechte gegenüber den Lehrern vom Staat genommen werden und immer neue Pflichten auferlegt werden.

Unter anderen Rednern zu diesem Thema hält Oberbürgermeister Bender-Breslau die Haftung des Staates für die Lehrer für das einzig richtige, zuzulassen, zumal sie auch nur eine minimale Belastung für den Staat ausmache.

Justizminister Bessler: Um die Kostenfrage handelt es sich nicht, sondern um ein wichtiges Prinzip. Würden wir den Kommissionsbeschlüssen annehmen, so würden wir die Lehrer tatsächlich zu unmittelbaren Staatsbeamten erklären.

Graf Voith zu Eulenburg: Die Lehrer sind für die Schulverbände tätig und die Schulverbände haben daher zu haften.

Staatsminister Dr. v. Studt: Die Lehrer haben zwar Rechte und Pflichten eines Staatsbeamten, aber sie sind deshalb noch keine Staatsbeamten.

In der Abstimmung wird der Antrag Löning-Plehwe abgelehnt, so daß es bei dem Kommissionsbeschlusse verbleibt. In der Gesamtstimmung wird die Vorlage angenommen.

Es folgt die Beratung der

Sekundärvorlage.

Mehrere Redner bringen lokale Wünsche vor. Graf Niebohm: Die Behandlung der Raucher auf der Eisenbahn gibt zu erheblicher Missstimmung Veranlassung. Die Nichtraucher werden bevorzugt. Unsere Reformen auf dem Gebiet des Personentarifs sind weder geschickt noch gerecht. Sozialpolitik gehört nicht in das Verkehrsweisen.

Es war falsch, die 4. Klasse von der Besteuerung freizulassen. Sozialpolitik wird überall getrieben, auch wo sie nicht hingehört. Das ist eine Art Demagogie, die wir auch bei der Erbschaftsteuer sehen. Man appelliert an die schlechten Eigenschaften der Menschen. Es ist bedauerlich, daß einige Gelehrte sich dazu hergeben, eine derartige Agitation zu unterstützen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Eisenbahn ist nicht lediglich eine Transportgesellschaft, denn sie arbeitet nicht in die eigene Tasche, sondern tut alles in allem in einem Interesse.

Freiherr v. d. Goltz: Die Eisenbahnverwaltung zahlt ihren Arbeitern Löhne, die die Landwirtschaft nicht zahlen kann. Von der viel gewünschten Sparamkeit merkt man nichts. Auf dem Bahnhof in Steinfurth wurden die Lampen an einem Tage schon um 7 Uhr angezündet, als die Sonne erst um 8 Uhr 24 Minuten unterging. (Heiterkeit.) Die Vorlage wurde schließlich unverändert angenommen.

Das Haus verlagte sich. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Kohlenbrandvertrag, kleinere Vorlagen. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Am Lauf des gestrigen Nachmittags besuchte der Kaiser in Kiel das englische Schulschiff „Cornwall“ und machte dem Fürsten von Monaco, der gleich nach der „Koblenzern“ mit seiner Frau „Alice“ in Kiel angekommen war, einen Besuch.

* Freistimmen zur Kaiserrede in Cuxhaven. In ihrer Besprechung der Rede des deutschen Kaisers in Cuxhaven schreibt die „Neue Freie Presse“: Die starke Betonung friedlicher Absichten ist gewiß nicht unbeabsichtigt. Daß das stark gewapnete Deutsche Reich eine Friedensmacht ist, weiß die Welt, und so oft in den letzten Jahren eine Penurhigung nach Europa hineingetragen wurde, geschah es nicht von Deutschland aus, sondern aus der Mitte jener Mächte,

wichtige Aufgaben nicht in Vergessenheit geraten, am wenigsten bei einer Verwaltung, die so zielbewußt an dem Ausbau des ihr anvertrauten Gemeinwesens arbeitet wie der Viebricher Magistrat.

Konzert in Mainz.

Die Mainzer sind neuerdings zu Musikspielen, „Mat Braut“ und Raibowien so fleißig nach Wiesbaden herübergekommen, daß es nicht mehr als billig ist, wenn die Wiesbadener nun auch einmal nach Mainz entboten wurden und gestern „die weiße Linie“ in ausgiebigster Weise benutzten. In einem ist uns ja die Nachbarstadt unzweifelhaft über: sie besitzt gerade den großen Konzertsaal, den so manche hier durchaus auch für Wiesbaden nötig erachten — vermutlich, weil sie sich von der chronischen Leertüte der hiesigen Konzerte noch immer nicht hinreichend überzeugen konnten. Die Stadthalle in Mainz faßt 6000 Personen, und nicht allzuviel an Zahl mögen gestern daran gefehlt haben. Einen stattlichen Anblick gewährte das Orchester: den riesigen Chor von fast hundert Geigen und Bratschen umgäben die Hälse von nicht weniger als drei Tausend Cello und Kontrabässen; und den Mittel- und Hintergrund bildeten ebensoviel Tausend Holzbläser und ebensoviel Tausend Blechbläser: im ganzen mehr als 200 Musiker, die hier zu Lob und Preis der heiligen Musica und „zum Besten der Wohlhabendsten des Allgemeinen deutschen Musikerverbands“ sich rührten.

Stillestanden! Denn jetzt naht der Herr General-Musikdirektor von Meiningen. Frh. Steinbach, derzeit städtischer Kapellmeister in Köln, ist es, der sich an die Spitze dieser gewaltigen musikalischen Armee stellt. Man kennt seine gleichsam jeden einzelnen unablässig ansprechende und aufreizende Art der Direktionsführung, und wie er es versteht, allen Mitwirkenden Feuer und Energie einzuhauchen, die Schwankenden zu stützen, die Jagenden zu beschwingen und so jeder Kraft ihr Bestes abzugewinnen. Wohl fehlt seiner Vantata die schöne und edle Linie; aber wenn es keine Frage ist, daß alles, was Herr Steinbach erzielt, auch mit äußerlich mehr Ruhe und Eleganz in genau der gleichen Weise erzielt werden könnte, so wird man doch einer so rücksichtslosen Hingabe an die Sache — wie es Steinbachs

nachen und immer mehr entwickelt. Die Begegnung von Bala und die patriotischen Kundgebungen anlässlich der Wiederkehr der glorreichen Tage unserer nationalen Erhebung sind neue Beweise unserer ausgezeichneten Beziehungen zu den befreundeten Nationen England und Frankreich. Desgleichen bewiesen die Begegnungen in Brindisi und die zwischen den Kaisern von Deutschland und dem König von Italien gewechselten herzlichen Telegramme die unerschütterliche Festigkeit des Dreibundes. Man sprach davon, als ob diese Ereignisse bestimmt wären, sich gegenseitig zu neutralisieren und ihre Wirkung gegenseitig zu zunichte zu machen. Nichts falscher als das. Die Ereignisse neutralisieren nicht, sondern treten hinzu zueinander und ergänzen sich. Littoni betonte dann weiter die friedlichen Tendenzen der italienischen Politik.

Türkei.

Die türkische Flotte vor Kreta.

Die Regierung ist entschlossen, unmittelbar nach der Zurückziehung der Truppen der Schutzmächte die türkische Flotte vor Kreta vor Anker gehen zu lassen und selbst den Schutz der Mohammedaner und die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hand zu nehmen.

Marokko.

Die Europäer bereiten sich darauf vor, die Stadt Fez zu verlassen, die sich für eine Belagerung rüftet. Alle Stämme wenden sich El Moghi zu.

Luftschiffe und Aeroplane.

Vor der Fahrt des „Zeppelin 1“ nach Mex. Aus Friedrichshafen schreibt man der „Rhein-Westfälischen Zeitung“: Nun gilt es Abzichsel nehmen von „Zeppelin 1“. In der zweiten Hälfte dieser Woche ist das Luftschiff flugbereit gemeldet zum Flug nach Mex. Unter Anspannung aller Kräfte wurde das Reichsluftschiff flugfertig gemacht — ein Beweis, wie rasch und zuverlässig unsere militärischen Luftschiffer sich mit dem Luftschiff vertraut gemacht haben; das nötige Wasserstoffgas wurde sehr rasch aus der Fabrik in Herthofen bei Augsburg geliefert. Die zur Überfahrt geschulte militärische Besatzung kam aber nicht vor Donnerstag hier eintreffen, so daß also frühestens an diesem Tage die Überfahrt stattfinden kann. Da das Luftschiff in seinen dieses Frühjahr gemachten 24 militärischen Aufstiegen seine Brauchbarkeit bewiesen hat, sollen Probeauffahrten vorher nicht erfolgen. Der Beginn der Überfahrt dürfte in den Abendstunden liegen — aus praktischen Gründen. Bei der jetzt herrschenden großen Hitze würde infolge starker Sonnenbestrahlung der Antrieb und dadurch der Gasverlust ein zu großer werden. Die Fahrt dürfte unter Überachtlung zu schlechten Wetters etwa 13 Stunden dauern, so daß, wenn die Abfahrt von Friedrichshafen abends 9 Uhr erfolgt, die Landung in Mex. etwa 10 Uhr erfolgen dürfte. Die Fahrt dürfte, wie früherzeit die 24-Stundenfahrt nach Mainz, möglichst lange dem Laufe des Rheins entlang gehen. Lange, sehr lange hat das Luftschiff in der Zeitball auf dem Luftschiff-Areal untätig gelegen, möge ihm in nächster Arbeit beschieden sein. Unsere besten Wünsche nach dieser Richtung hin begleiten es auf seiner Fahrt. Der Erfolg dieses Luftschiffes war bisher groß; es führte den Kronprinzen an Bord auf der Fahrt nach Donaueschingen. Prinz Heinrich unternahm in dem Luftschiff eine Fahrt rund um den Bodensee, mit Herzog Albrecht von Württemberg an Bord unternahm das Luftschiff die bekannte Fahrt bei dichtem Nebel übers Nigau und landete bei Nacht und Nebel sicher in seiner Halle; „Zeppelin 1“ unternahm auch unter Führung des Grafen Zeppelin die historische München-Fahrt und schließlich besichtigte der Kaiser das Luftschiff und fand herzliche Worte des Lobes.

Sitzung der Stadtverordneten

vom 23. Juni.

Die gestrige Versammlung der Stadtverordneten war von 34 Mitgliedern besucht. Nach Kenntnisnahme einer Reihe von Einladungen zu Festlichkeiten und Versammlungen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Stadtverordneter Esch berichtete über die Ahertragung von Restrediten aus 1908 auf das Rechnungsjahr 1909. Der Berichterstatter des Finanzausschusses bemerkte u. a., daß die dringende Mahnung zur Sparsamkeit endlich auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein scheint. Es sei mit Freuden zu konstatieren, daß mit Ausnahme einer kleinen Überschreitung auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung Ersparnisse erzielt worden seien. Besonders sei das bei dem Stadtbauamt anzuerkennen, das zum erstenmal sparsam gewirtschaftet habe. Die geringe Einnahme von 90 000 M. aus der Wertzuwachssteuer sei zwar sehr bedauerlich, der Ausschuss hoffe aber, daß mit dem zu erwartenden wirtschaftlichen Umschwung auch hier eine Besserung eintreten werde. Jedenfalls bestehe kein Anlaß, von der Wertzuwachssteuer abzusehen und auf eine erhöhte Umsatzsteuer zurückzugreifen. Der Ausschuss beantragte, von den vorhandenen 56 171 M. 292 021 M. als Restredit auf 1909 zu übertragen, 26 000 M. für die erforderlichen Nachzahlungen an die Oberlehrer zur Verfügung zu stellen und den verbleibenden Rest ganz dem Schulhaus-Neubaufonds zu überweisen, so daß diesem jetzt 433 295 M. zur Verfügung stehen. Der Ausschuss empfahl dem Magistrat, in Anbetracht der vorhandenen Mittel, der billigen Materialpreise usw. mit dem Bau der Volksschule an der Lorcher Straße so bald als möglich zu beginnen.

Stadtverordneter Hildner empfahl dem Magistrat, mit dem Bau der Bedürfnisanstalt auf dem Mauritiusplatz endlich vorzugehen. Die Anwohner beklagten sich ständig über den schlechten Zustand des Platzes. Ferner regte Stadtverordneter Hildner an, die Erbauung von Gräften auf dem Südfriedhof aus Spar-

famleitsgründen möglichst auf einige Jahre zu verteilen und zu prüfen, wie der Überfüllung des Reform-Gymnasiums an der Oranienstraße abgeholfen werden könne. Eine Anzahl Schüler hätten wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden können.

Stadtverordneter Esch bestätigte, daß 30 Schüler von der Aufnahme in die Sexta zurückgewiesen werden mußten. Der Zubrang zum Reform-Gymnasium sei eben größer als der zum humanistischen Gymnasium des Staats.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell erklärte, der Magistrat sei ebenfalls der Ansicht, daß die Zustände auf dem Mauritiusplatz nicht haltbar seien, es werde daher möglichst bald an die Ausführung der Anstalt herangetreten werden. Zu dem Bau der Gräften erklärte der Oberbürgermeister, daß der Magistrat nicht willens sei, das Geld für Gräftenbauten auf einmal auszugeben, sondern nur soviel, als zur Bedung des Bedarfs notwendig sei. Danach wurde der Antrag des Finanzausschusses angenommen.

Dem Antrag des Finanzausschusses (für den Stadtverordneter Dr. Dreher berichtet) auf Austausch von Gelände mit der Eisenbahndirektion Mainz an der Bahnstrecke Wiesbaden-Langenschaalbach wurde zugestimmt; ebenso dem Antrag des Bauausschusses auf Bewilligung von 20 800 M. für Herstellung von Kleinpflaster in der Schacht- und Adlerstraße, den Stadtverordneter Hildner vortrug. — Stadtverordneter Baumbach wies noch einmal auf die dringende Notwendigkeit der Neupflasterung der Lehrstraße hin. Wenn für die Schacht- und Adlerstraße 20 800 M. vorhanden seien, müßten doch auch 2000 M. für diese Straße da sein. — Die Stadtverordneten Schneider und Sanitätsrat Dr. Cuny sprachen sich ebenfalls in diesem Sinne aus.

Dem Antrag des Organisationsausschusses (Berichterstatter: Geh. Rat Dr. Fresenius) auf Umwandlung der im Etat für 1909 vorgesehenen Oberlehrerinnenstelle bei der höheren Mädchenschule 2 in eine Oberlehrerstelle und Bewilligung des durch die Umwandlung erforderlichen Mehrbetrags wurde stattgegeben. Die Umwandlung ist notwendig geworden, weil sich keine Oberlehrerin gemeldet hat.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell führte im Anschluß an die Vorlage aus: Die Besoldungsverhältnisse der Oberlehrer und Direktoren an den staatlichen höheren Schulen sind neu geregelt worden; das hat zur Folge, daß auch die Stadt eine Neuregelung der Oberlehrergehälter vornehmen muß. Wir haben immer an dem Grundsatz festgehalten, daß die städtischen Lehrer behandelt werden sollen wie die Lehrer an den staatlichen Anstalten. Als vor zwei Jahren die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volls- und Mittelschullehrer stattfand, wurde den Oberlehrern gesagt, daß sie warten müßten, bis der Staat mit seiner Besoldungsordnung im reinen sei. Dementsprechend hat nun das Kuratorium den Antrag gestellt, den staatlichen Sätzen entsprechend, auch die Gehaltsätze der Oberlehrer der Stadt zu erhöhen. Die Vorlage wird Ihnen noch zu gehen; ich möchte nur beantragen, daß Sie sie heute schon an einen Ausschuss verweisen, damit Sie noch vor den Ferien einen Beschluß zur Sache fassen können und dem Wunsch der Oberlehrer auf Auszahlung der Erhöhungen vor den Ferien stattgegeben werden kann. Die Angelegenheit wurde dem Organisationsausschuss überwiesen.

Stadtverordneter Buschmann fragte an, wie weit die Gehaltserhöhung der Gemeindebeamten gediehen sei. Der Oberbürgermeister antwortete, es werde noch daran gearbeitet.

Stadtverordneter Geh. Rat Dr. Fresenius berichtete über den Organisationsausschuss über die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 600 M. an die israelitische Kultusgemeinde zu den Kosten des israelitischen Religionsunterrichts. Stadtverordneter Hek und Schulrat Müller hatte der Ausschuss bei seiner Beratung zugezogen. Man überzeugte sich nach den Darstellungen des Herrn Schulrats, daß der gewünschten Anstellung eines jüdischen Lehrers zurzeit noch technische Schwierigkeiten im Wege stehen; der Ausschuss beantragte daher einstimmig: den Magistratsantrag zu genehmigen und als Ansicht der Stadtverordneten-Versammlung zum Ausdruck zu bringen, daß unter geeigneter Voraussetzung der Anstellung eines jüdischen Volksschullehrers nichts im Wege stehe.

Schluß der Sitzung um 5 Uhr.

c.

Ans Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 24. Juni.

Aus dem Stadtparlament.

Mit Rücksicht auf den heute und morgen in Diebrich stattfindenden heftigen und nassauischen Städtetag fand die in dieser Woche fällig gewordene Stadtverordnetenversammlung bereits gestern, am Mittwoch, statt. Die Tagesordnung war kurz, etwas Bedeutendes stand nicht darauf. Da es auch außerhalb der Tagesordnung nichts zu berichten und folglich nichts zu diskutieren gab, war die Sitzung bereits um 5 Uhr zu Ende. Das Referat über die Ahertragung von Restrediten aus 1908 auf das Rechnungsjahr 1909 gab dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Esch, Gelegenheit, den erwachten Sparsamkeitssinn der Verwaltung anzuerkennen. Der Ausschuss konnte konstatieren, daß im Jahre 1908 mit einer Ausnahme auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung Ersparnisse erzielt worden sind. Früher war das Bauamt stets diejenige Stelle, die sich die heftigsten Vorwürfe wegen Überschreitungen von Veranschlagungen und überhaupt zu kostspieligen Arbeiten gefallen lassen mußte. Das hat sich glücklicherweise in dem knappen Zeitraum von nicht viel mehr als einem Jahre durchaus geändert. Zum erstenmal hat das Bauamt sparsam gewirtschaftet. Als der Berichterstatter den allerdings ziemlich bescheidenen und weit hinter der erhofften Höhe zurückgebliebenen Ertrag der Wertzuwachssteuer erwähnte, wurden in den Reihen der Segner dieser Steuer lebhaft „Hör! Hör!“-Rufe laut. Das sollte heißen: „Wir haben es vorausgesehen und gesagt, daß es so kommen würde!“ Herr Esch wies demgegenüber auf den zu erwart-

tenden wirtschaftlichen Aufschwung hin und betonte, daß trotz dem nicht voll befriedigenden Ergebnis kein Anlaß vorliege, die Steuer aufzugeben und an eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu denken.

Daß es gut ist, wenn die Stadtverordneten, die über irgend einen Gegenstand Beschwerde führen, bei den Beratungen der Kommission zugezogen werden, die sich mit dieser Beschwerde befaßt, hat sich wieder einmal gezeigt. Herr Hek hat der Beratung des Organisationsausschusses über den Antrag auf Bewilligung eines jährlichen Zuschusses an die israelitische Kultusgemeinde zu den Kosten des israelitischen Religionsunterrichts beigewohnt und sich überzeugt, daß der Herr Oberbürgermeister recht hatte, als er in der vorigen Sitzung erklärte, die Anstellung eines jüdischen Volksschullehrers scheidet zurzeit an der technischen Unmöglichkeit, den Lehrer voll zu beschäftigen. So wurde denn gestern der Antrag des Magistrats ohne Debatte angenommen. Die Stadtverordneten brachten dabei zum Ausdruck, daß unter geeigneten Voraussetzungen der Anstellung eines jüdischen Volksschullehrers prinzipiell nichts entgegenstehe.

— **Angelommene Gäste.** Es sind hier eingetroffen: Generalleutnant v. Berken aus Hamburg im „Privat-Hotel Antra“; Generalmajor Wille aus Charlottenburg im „Laynus-Hotel“.

— **Wiesbadener auswärtig.** Herr Otto Forst, Sohn des verstorbenen Oberappellationsgerichtsrats Forst, eines verdienten alt-nassauischen Beamten, ist seit langen Jahren Besitzer einer angesehenen Buchhandlung in Antwerpen, der Librairie O. Forst, Place de Meir 69 dort. Jüngst widerfuhr Herrn Forst, wie wir im Antwerpener „Matin“ lesen, die Auszeichnung, daß König Leopold gelegentlich eines Rundgangs in der schönen Schelde-Stadt seine Buchhandlung besuchte und eine darin veranfaltete hochinteressante Ausstellung von kolonialen Werken und geographischen Karten, für welchen Literaturzweig der belgische König bekanntlich ein lebhaftes Interesse hegt, in Augenschein nahm. Die vor der Buchhandlung versammelte Volksmenge brachte dem populären Monarchen lebhafteste Huldigungen dar.

— **Die Damenschneider- und Schneiderinnen-Zwangseinnahme** macht Eltern und Vormünder darauf aufmerksam, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen vom 1. Oktober 1908 nur noch diejenigen Lehrlinge oder Lehrmädchen anstellen dürfen, die entweder die Meisterprüfung bestanden oder von dem Magistrat die Berechtigung hierzu haben. Im eigenen Interesse der Betroffenen liegt es, bei Abschluß des unbedingt notwendigen Lehrvertrags sich davon zu überzeugen, ob der Lehrherr diese Berechtigung auch tatsächlich hat. Nimmt ein Lehrherr oder Lehrmeisterin, die die Berechtigung nicht haben, trotzdem Lehrlinge an, so werden sie bestraft und die Lehrlinge polizeilich entfernt. Die zurückgelegte Lehrzeit aber ist verloren. Jedenfalls empfiehlt es sich, vorher Erkundigungen einzuholen, entweder bei der Handwerkskammer oder bei dem Obermeister H. J. Webergasse 2, 2. Erwähnt sei noch, daß in den nächsten Tagen eine Meisterprüfung stattfindet und Anmeldungen hierzu an den Obermeister zu richten sind.

— **Neue Telegraphenlinie.** Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Platter Straße zwischen Wiesbaden und Neuhof liegt auch bei dem hiesigen Telegraphenamts von heute ab vier Wochen aus.

— **„Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie.“** Die Handelskammer zu Wiesbaden hat durch Anzeigen in den Zeitungen die Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks zum Beitritt in den Hansabund aufgefördert. Das Bureau der Handelskammer zu Wiesbaden, Adelsfeldstraße 13, nimmt Anmeldungen entgegen.

— **Die Revision der Leittungsarten, welche gegenwärtig durch Beamte der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in unserer Stadt vorgenommen wird,** hat in zahlreichen Fällen Anlaß zu Beanstandungen gegeben. Es sei deshalb nochmals daran erinnert, daß es sich, um vor Unannehmlichkeiten bewahrt zu bleiben, empfiehlt, die Karten in Ordnung zu bringen.

— **Ausstellung Wiesbaden 1909.** Heute dürfte, etwa in den späten Nachmittagsstunden, der 50 000. Besucher die Ausstellung passieren, derselbe wird mit Musik empfangen werden und erhält bekanntlich eine silberne Uhr zum Geschenk. — Der Besuch der Ausstellung betrug am Mittwoch, den 23. Juni, 14 783 Personen, davon waren 11 340 Inhaber von Dauerkarten.

— **Sensationelle Verhaftung.** Das „Lahnsteiner Tagblatt“, dem wir die gestrige Notiz über die Verhaftung des Barons v. Graberg entnommen, schreibt heute: Nicht verhaftet. Wir brachten gestern die Meldung von der angeblich am Montag früh erfolgten Verhaftung des Herrn Baron v. Graberg, die uns kurz vor Redaktionsschluss zugeing, so daß uns Nachfragen nicht mehr möglich waren. Die Nachricht stellt sich als vollkommen unrichtig heraus. Der angeblich „Verhaftete“ konnte uns gestern abend noch telephonisch mitteilen, daß er sich vollkommen wohl und in Freiheit befindet. Wie der Irrtum entstanden ist, oder ob eine absichtlich falsche Verichterstattung vorliegt, ist uns nicht bekannt. Wir können nur bedauern, zur Verbreitung der falschen Nachricht ohne Absicht beigetragen zu haben. — Die dem Bedauern müssen wir auch unsererseits Ausdruck verleihen. Wir glaubten um so weniger an der Richtigkeit der Nachricht zweifeln zu sollen, als das genannte Blatt am Wohnort des Herrn v. Graberg erscheint und wir es daher in dieser Sache für gut informiert halten konnten.

— **Rheindampfschiffahrt.** Die Diebrich-Mainzer Dampfschiffahrt wird morgen Freitag Sonderdampfer zur Besichtigung des großartigen Feuerwerks und der Illumination sowie der Riesenfontäne, welche vor dem Großherzoglichen Schloss in Diebrich errichtet wird, bei Rückkehr des Festdampfers des Hessischen und Nassauischen Städtetages stellen. Die Dampfer werden dem Festschiffe, welches 1/11 Uhr in Diebrich eintrifft, bei Anstich kommen entgegenfahren und es begleiten, so daß hierauf beste Gelegenheit geboten ist, die ganze Veranstaltung, besonders auch die diesmal ausnahmsweise herrliche Beleuchtung der Amöneburger Fabriken, in nächster Nähe zu sehen. Billets hierzu a 50 Pf. werden an den Schaltern in Diebrich und Mainz ausgegeben.

— Ein böser Streich. Wie uns zu der unter dieser Spitzmarke gebrachten Notiz über den von einem noch nicht 14jährigen Knaben aus der Adlerstraße in dem Hause Römerberg 14 verübten Diebstahl mitgeteilt wird, hat der jugendliche Dieb die betreffende Wohnung nicht erbrochen, sondern mit dem dazu gehörigen Schlüssel, den er sich vorher verschafft, geöffnet. Geld habe er nicht gestohlen, sondern nur Handschuhe und Taschentücher. Der Knabe wurde irrtümlicherweise als Halbwaive bezeichnet; beide Eltern leben noch.

— Die Sanitätswache transportierte gestern mittag den 69 Jahre alten David Steeg von der Waldstraße, welcher in der Nähe des „Paulinenstifts“ von einem alten Herzleiden befallen worden war, nach dem städtischen Krankenhaus; gestern abend ein Kurgast vom Niederrhein, der an der Ecke der Schiersteiner und Niederwaldstraße einen Ohnmachtsanfall erlitten hatte, nach dem Krankenhaus des „Paulinenstifts“.

— Die Feuerwehr rückte gestern abend gegen 12 Uhr nach dem Gelände Ecke der Grillparzer- und Mosbacher Straße aus, wo auf noch nicht aufgearbeitete Weise ein großes Getreide in Brand geraten war. Die Feuerwache hatte mit der Unterdrückung des Brandes eine halbe Stunde zu tun.

— Straßensperrung. Die nördliche Fahrbahn des Kerotals von der Kerobergstraße bis Beausitt wurde zwecks Neueindeckung auf die Dauer der Arbeit für den Fußverkehr polizeilich gesperrt.

— Gesundheitspflege. Am Freitagabend 8 1/2 Uhr findet in der Boden-Versammlung des „Kneipp-Vereins“ einer der beliebtesten Frageabende statt. Über alle Krankheitsfragen wird unentgeltlich Rat erteilt. Die Fragen können auch vorher im Vereinslokal Restaurant „Gambulus“ schriftlich eingereicht werden. Interessenten sind herzlich eingeladen.

— Kleine Notizen. Die Sakanzensliste für Militär-ambulant Nr. 25 liegt in unserer Expedition zu jedermanns Einsicht unentgeltlich auf.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Residenz-Theater. Der außerordentlich große Beifall, den die neue französische Komödie „Der König“ bei der Auf-führung am Dienstag gefunden, veranlaßt die Direktion das gewohnte Stück morgen Freitag nochmals zur Aufführung zu bringen. — Der Samstag bringt als Neuheit zum ersten Male „Mandoverlogen“, Lustspiel von Gebhard Schaller-Bertram und Richard Achler. Das bereits vielgegebene Bühnenwerk wurde auch vor kurzem im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus in Berlin einen großen Erfolg. Die Presse konstatiert, nach vorliegenden Berichten, die enthusiastische Aufnahme des lustigen, von fröhlichem Humor durchwehten Werkes und nennt es eines der besten Militärskizzen der letzten Jahre. In Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hammer, Schell, Richter, Mödinger und die Herren Vertram, Milner-Schönau, Variat, Tony, Degener, Dager und Räder, in dessen Händen auch die Spiel-leitung liegt. Das liebenswürdige Stille Lustspiel wird am Sonntag wiederholt.

* Albert Schumann-Theater, Frankfurt a. M. Am Albert Schumann-Theater geht am Mittwoch, den 30. Juni, die Operettenproduktion zu Ende. Es finden also nur noch wenige Vorstellungen mit „Ein Herbstmorgen“ statt; Sonntag, den 27. d. M., ist unweigerlich der letzte Sonntag des „Herbst-morgens“. — Am Donnerstag, den 1. Juli, beginnt bereits die 5. Varietefestspiel mit einer glänzenden Gala-Premiere, in der ca. 50 Artisten, darunter die berühmte Kadettenführerin Mabel Wah Jong und die letzten artistischen Sensationen von Paris und London auftreten werden.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Erbenheim, 23. Juni. Zum Wettlingen des Kassauischen Sängerbundes am nächsten Sonntag und Montag sind folgende Herren als Preisrichter ge-wonnen worden: Komponist und Dirigent Dr. A. Caroselli-Hörheim a. M., Kontr. Musikdirektor A. Glud-Frankfurt am Main, Kontr. Musikdirektor W. Sandberg-Berlin, Groß-herzoglicher Hofmusikdirektor Dr. H. Meiser-Cassel, Kapell-meister D. Neumann-Mainz und Gelehrter Jech, zweiter Chorleiter des Wiesbadener „Männergesangs-Vereins“. — Vorsitzender des Ehrenrates ist der Bundespräsident Herr S. Jamin-Heddernheim. In dem Festzug werden sich 51 Vereine beteiligen. Laut der im Festzug bekanntgegebenen Zugordnung, deren Leitung in Händen der „Freiwilligen Feuerwehr“ liegt, wird der Festzug an 3 Stellen aufgestellt, und zwar die 1. Abteilung in der Wiesbadener Straße, die zweite in der Bierkater Straße und die dritte in der Bahn-hofsstraße. Drei Kapellen sowie das Trommler- und Pfeifer-korps des „Turnvereins“ sind in entsprechender Weise im Festzug beteiligt.

Wallaun, 22. Juni. Herr Uhrmacher Jakob Müller aus Wallau ersucht um Aufnahme folgender Zeilen: In einem Artikel der Morgen-Ausgabe des „Wiesbadener Tag-blatts“ vom 19. d. M. wird von meiner Frau gesagt, sie habe behauptet, die Familie Karl Schneider habe an dem fraglichen Sonntag Revolverpatronen bei ihr geholt. Weiter wurde von einer Seite mündlich dasselbe Gerücht verbreitet. Dazu erkläre ich heute kurz und nur einmal, daß von meiner Frau niemals eine solche Aussage gemacht worden ist und diese Aussage unwahr und auf Erfindung beruht. Ich er-läre ganz ausdrücklich, daß die Familie Karl Schneider und ganz besonders der Sohn Wilhelm Schneider an dem frag-lichen Sonntag und auch, so weit wir uns erinnern, vorher Revolverpatronen bei uns nicht geholt hat.

Sport.

w. Riel, 23. Juni. Die heutige Wettfahrt des „Kaiserlichen Jachtclubs“ im Rielser Hafen hatte folgendes Ergebnis: 8-Meter-Klasse: 1. Preis: „Toni IV.“, 2. Preis: „Argentina“, 3. Preis: „Robena“; nicht gestartet „Winkel-Kind“, aufgegeben „Magoo II.“, „Vesta“ und „Senta“. 7-Meter-Klasse: 1. Preis: „Kismet“, 2. Preis: „Maria-Florie“, aufgegeben „Sag V.“, „Men Jung“ und „Marga“. 6-Meter-Klasse: 1. Preis, Ehrenpreis des Inge-nieurs Lange: 1. Preis: „Schelm“, 2. Preis: „Trilby“, 3. Preis: „Albatros“, 4. Preis: „Windspiel XII.“, 5. Preis: „Santal III.“. 5-Meter-Klasse: 1. Preis: „Mungo“, 2. Preis: „Heinzelmännchen“, 3. Preis: „Bum“; aufgegeben „Teiff“, „Rye“, „Wiat Sequens“ und „Stonng“.

er. Die Grande Course de Haies, das mit 50000 Frank ausgestattete wertvollste Händrennen Frankreichs, kam am Mittwoch in Paris-Muteuil zur Entscheidung. Nur sechs Pferde kamen an den Start, von denen der in dieser Saison ungeschlagene „Jim Crow“ und „Herisson II.“ als Favoriten starteten. „Jim Crow“ scheiterte an der weiten Distanz von 5000 Meter und endete unplatziert. Monf. Lieurg's „Herisson II.“ gewann sicher mit 1/2 Länge gegen „Capello“, erst 20 Längen zurück folgte der englische Vertreter „Bisca“ als Dritter. Tot. 25: 10. Pl. 16, 19: 10.

Gerichtssaal.

Der Mörder des Bankiers Rémy.

hd. Paris, 24. Juni. In der gestrigen Verhandlung vor dem Versailler Kassationshof gegen den ehemaligen Tafelbedier Renéard wegen Ermordung des Ban-kiers Rémy bejahten die Geschworenen alle Schuldfragen ohne Ausnahme, billigten aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Angeklagte wurde zu lebensläng-licher Zwangsarbeit verurteilt, also zu der gleichen Strafe, wie sie in der Vorinstanz das Schwurgericht verhängt hatte.

Kleine Chronik.

Schneefälle in der Schweiz. Bis in die Hochtäler hinab ist tiefer Schnee gefallen. Auf dem Pilatus, Rigi, Gotthard und Sämis liegt der Schnee teilweise 40 Zentimeter hoch. Die Temperatur fiel vom Dienstag bis gestern früh um 20 Grad.

Erdbeben. In Messina wurde gestern abend 10 1/2 Uhr ein ziemlich heftiges Erdbeben von 10 Sekunden Dauer verspürt.

Abgestürzt. Von der Steuwand bei Reichenau ist beim Alpenblumenfuchen der Tourist Kaufmann Franz Raunmüller abgestürzt und schwerverletzt aufgefunden worden.

Berbrannt. Durch unvorsichtiges Hamtieren mit Petro-leum verbrannte in Klewig eine Frau namens Stotisch. Sie bemühte zum Feuermachen im Küchenherd Petroleum, wobei die Petroleumlampe in Brand geriet und explodierte. Die Frau, die einer Feuerfäule gleich, rannte auf die Straße. Sie erlitt furchtbare Brandwunden, an deren Folgen sie starb.

Erdstöße in Californien. In Graß Valley und in einer Anzahl Ortschaften der Umgegend wurden zwei sehr heftige Erdstöße verspürt.

Bergsturz. Im Joldotale bei Bozen erfolgte ein Berg-sturz von 300 Meter Höhe, der zwei Häuser und mehrere Schennen zerstörte und 24 Stück Vieh tötete. Die Menschen konnten rechtzeitig flüchten.

Letzte Nachrichten.

Die ungarische Krise.

hd. Wien, 4. Juni. Gegenüber den Nachrichten von der Einsetzung eines Gewalt-Regimes in Ungarn verlaute von unterrichteter Seite, daß eine befriedigende Lösung der ungarischen Krise in naher Aussicht steht, und zwar auf Grund eines von Kossuth ausgehenden Vorschlages, den Weferle in seiner vorgestrigen Audienz dem Kaiser unterbreitete. Die Unabhängigkeitspartei will darnach den kaiser-lichen Absichten entsprechen, die Regierung über-nehmen und bei einem zweijährigen Bank-Proditorium die Wahlreform durchführen, wenn die drei Vortre-feuilles, die von Vertrauensmännern vom Kaiser über-nommen werden sollen, nicht an Politiker vergeben werden, die im Kampf gegen die Kossuth-Partei ge-standen haben, sondern an keiner Parteirichtung ange-hörende hohe Verwaltungsbeamte und Würdenträger.

Depechenbureau Herold.

Riel, 24. Juni. Der Kaiser empfing gestern am Bord der „Hohenzollern“ das Prinzenpaar Heinrich, die Kronprinzessin von Griechen-land und den Prinzen Georg von Vattenberg. Am Laufe des Nachmittags stattete der Kaiser dem Fürsten von Monaco auf dessen Dampfjacht „Prinzessin Alice“, sowie dem Herzog von Westminster einen Besuch ab. Abends fand am Bord der „Hohenzollern“ eine Tafel statt.

Wien, 24. Juni. Die „Neue Freie Presse“ erfährt von informierter Seite, daß in unterrichteten Hof-kreisen von einer bevorstehenden Verlobung des Erz-herzogs Karl Franz Joseph mit der Erzherzogin Elisabeth nichts bekannt sei.

Triest, 24. Juni. Bei der Einfahrt in den Hafen ist das Torpedoboot „Flamingo“ an den im Bau be-griffenen Wellenbrecher angefahren und konnte nur mit Mühe frei gemacht werden. Das Schiff hat er-heckliche Beschädigungen erlitten.

Paris, 24. Juni. „Welt Parisien“ meldet, daß der Sul-tan Rulch Hasid abgesetzt werden wird wie vor zwei Jahren sein Vorgänger Abd ul His. Augenblicklich sei es wahrscheinlich, daß Spanien zögern werde, eine Expedition nach dem Rifgebiete zu entsenden. Zwischen den Kabinetten von Paris und Madrid besteht volles Ein-vernehmen.

London, 24. Juni. Nach einem Telegramm des „Globe“ ist der Regus Menell von Abessynien gestorben.

Madrid, 24. Juni. Der Führer der karlistischen Partei, Barrio y Mier, ist gestern nachmittag ge-storben. Dieses Ereignis dürfte für die innere Politik Spaniens von weittragender Bedeutung sein, denn es bedeutet das Verschwinden der anti-dynastischen Partei.

Sofia, 24. Juni. Es verlaute, das Kriegsministe-rium werde von der Sorbanje die Bewilligung eines Nachtrags-Kredites von 30 Millionen fordern zur Befestigung der bulgarischen Schwarzee-Küste.

Saloniki, 24. Juni. Der Sultan wird am 23. Juli hier eintreffen, um den Jahrestag der Proklamierung zu feiern. — Das jung-türkische Komitee beruft für Ende Juli nach hier eine große Konferenz ein, in welcher über die vom neuen Regime auszuführenden Reformen verhandelt werden soll.

Darmstadt, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die zweite Kammer trat heute vormittag zu einer einstündigen Sitzung zusammen. Vizepräsident Korell teilte mit, die Zusammenberufung des Hauses sei lediglich erfolgt, um den Mitgliedern vor

der großen Sommerpause noch einmal Gelegenheit zur Aussprache und den einzelnen Fraktionen Ge-legenheit zum Meinungsaustrausch über die Wahl-rechtsvorlage zu geben. Nachdem eine Anzahl zur Beratung im Plenum stehende Positionen an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden waren, wurde die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Friedrichshafen, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Major Sperling ist hier eingetroffen. Das Luftschiff „Z. 1“ ist flugbereit. Der Aufstieg erfolgt vermunt-lich noch heute.

Hamburg, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute vor-mittag erfolgte ein Wassereintrich in den im Bau befindlichen Elbetunnel. Soweit bis jetzt bekannt, sind Personen nicht umgekommen.

hd. Paris, 24. Juni. Pataud, der Sekretär des Ver-bandes der Elektriker, der den Ausstand der Stalkungen am letzten Sonntag organisiert hat, bemüht sich jetzt auch, die Längeren der großen Oper zum Streik zu be-wegen. Er erklärte Journalisten gegenüber, nach seiner Überzeugung würde es sicher gelingen, die Damen des Ballett-Korps, deren größte Anzahl Forderungen geltend zu machen gewillt ist, zu syndizieren.

Letzte Handelsnachrichten.

Telegraphischer Kursbericht.

(Mitgeteilt vom Bankhaus Pfeiffer u. Co., Langgasse 16.)
Frankfurter Börse, 24. Juni, mittags 12 1/2 Uhr. Kredit-Aktien 200, Diskontokont. 183.75, Dresdener Bank 153.10, Deutsche Bank 241.50, Handelsgesellschaft 171.40, Staats-bahn 155.30, Lombarden 21.50, Baltimore und Ohio 115.00, Weltentfäden 177.50, Bochumer 226.20, Harpener 189.25, Laurahütte 181, Färbenloze 144.80, Nordd. Lloyd 90, Hambur-Amerika-Paket 117.20, Aprax. Russen 86.60, Rhönitz 171.60.



Öffentlicher Wetterdienst.

Wettervorausagen

für den 25. Juni:

der Dienststelle Frankfurt a. M.

(Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins):
Wolkig, meist trocken, etwas kühl, westliche Winde.

der Dienststelle Weilburg

(Landwirtschaftsschule):

Veränderliche Bewölkung, noch zeitweise Regenschauer, wenn auch meist geringe, bei kühlen westlichen Winden.

Genaues durch die Frankfurter und Weilburger Wetterarten (monat. je 50 Pf.), welche am „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27 täglich angeschlagen werden.

Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tägl. ausgehängt.

Meteorolog. Beobachtungen. Station Wiesbaden.

23. Juni.	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0 u. Normal- druck	747.2	747.0	747.3	747.2
Barometer a. d. Meerespiegel	757.2	756.8	757.3	757.1
Thermometer (Celsius)	13.1	18.1	13.8	14.7
Luftspannung (Millimeter)	9.7	9.5	9.1	9.4
Relative Feuchtigkeit (%)	87	62	78	75.7
Windrichtung	E. 1	SW. 3	SW. 2	—
Niederschlagshöhe (Millim.)	0.1	0.1	0.0	—
Höchste Temperatur (Celsius)	19.6	Niedrigste Temperatur	12.3	—

Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾).

(Durchgang der Sonne durch Elben nach mittlereuropäischer Zeit.)

Juni.	im Süden	Aufgang	Untergang	Aufgang	Untergang
	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.
25.	12 20	4 19	8 39	12 29	12 36

Ferner tritt ein für den Mond: Am 25. Juni 7 Uhr 43 Min. abends erstes Viertel; 1 Uhr nachmittags Erdbörne.

Geschäftliches.

Haarausfall, Haarpalte, Haarfraß

und die lästigen Schuppen befeitigt und verhindert das abde-währte und allein echte Waffel Kneip, ps Brunncheln-wasser, befördert sehr den Haarwuchs und stärkt die Haar-nerven. Man achte genau auf Bild und Namenszug Seb. Kneipp und hüte sich vor den vielen, oft sehr schädlichen Nachahmungen. Zu beziehen durch

Kneipp-Haus, nur Rheinstr. 59.

Telefon 3240.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verlag: W. Schulte vom Brühl.
Verantwortlicher Redakteur für Politik und Handel: W. Heppner; für Fremdenverkehr, Sport und Unterh. Zeitl. A. Kaiser; für Wiesbadener Nachrichten: J. B. C. Rosacker; für Kreisliche Nachrichten: Aus der Umgegend und Grenz-land: S. Dieffenbach; für die Kurorten und Bäder: S. Darnau; für die Provinz: S. Dieffenbach. Druck und Verlag der S. Schellensbergischen Hof-Druckerei in Wiesbaden.